

## **Medienmanipulation – Realitätswahrnehmung durch Berichterstattung am Beispiel von Nachrichten über die Ukraine-Krise**

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	1
1 Die Vertrauenskrise des Journalismus .....	3
2 Der „Ukraine-Konflikt“ – Eckdaten .....	7
3 Analyse der Leitmedien (Zeitungen) .....	10
3.1 Zur Methodik: Diskursanalyse und Framing.....	10
3.2 Analyse ausgewählter Textbeispiele .....	14
3.2.1 SUEDEDEUTSCHE ZEITUNG .....	15
3.2.2 DIE ZEIT .....	25
3.2.3 FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG.....	29
Fazit / Ausblick.....	32
Quellenverzeichnis.....	i
Literaturverzeichnis .....	iv

# Einleitung

Der Journalismus gilt als die vierte Gewalt in einer demokratischen Gesellschaft. Vorausgesetzt, er ist unabhängig. Ist er das? Offenbar ja, zumindest in den Demokratien westeuropäischer oder nordamerikanischer Prägung. Der Staat hat rechtlich keinen Einfluss auf die Berichterstattung in den Medien. Die formalen Voraussetzungen für die Unabhängigkeit der Medien sind erfüllt. Aber garantiert dies schon die Unabhängigkeit in dem Sinn, dass die Medien politisches Geschehen aus den Perspektiven aller beteiligten Akteure abbilden, sich dabei wertneutral verhalten und nur Ereignisse berichten, die von mindestens zwei voneinander unabhängigen Quellen bestätigt wurden? Hierbei handelt es sich um Grundmaximen des Journalismus, die in der vorliegenden Arbeit auf ihre Einhaltung durch die deutschen „Qualitätsmedien“ hin überprüft werden sollen.

Gewiss, Medienkritik ist etabliert, sie hat es schon immer gegeben. Der Verdacht, dass Medien bestimmte Interessen bedienen (Arbeitgeberverbände, Parteien oder auch NGO's), stand immer im Raum und wurde auch durch nähere Analysen wiederholt bestätigt. Gleichzeitig setzte sich die Erkenntnis durch, dass es eine „objektive“ Berichterstattung, die die Wirklichkeit 1:1 abbildet nicht geben kann. Jede Beschreibung, jede Kameraführung in einem Beitrag konstruiert bereits eine Wirklichkeit, die von der Realität abweicht.<sup>1</sup> Die Leser wiederum hat dies nicht gestört. Sie verfügen über ein implizites Wissen, dass keine Zeitung die Realität vollständig widerspiegelt, sondern die Berichterstattung immer auch von ihrer „Ausrichtung“ abhängt: So berichtet die WELT oder die FAZ aus einer konservativen Perspektive, die ZEIT oder auch der SPIEGEL nehmen eher linke Positionen ein, und die SÜDDEUTSCHE hält sich zwischen den Lagern auf und geht den Weg der pragmatischen Vernunft. Die Leser konnten sich gezielt über verschiedene Sichtweisen auf ein Ereignis informieren, indem sie mehrere Zeitungen lasen. Ein Beispiel hierfür wäre die Berichterstattung über das Kernkraftwerkunglück in Tschernobyl im Mai 1986.<sup>2</sup>

Heute geistert der Begriff der „Lügenpresse“ durch's Land. Seriösere Betrachter sprechen davon, dass sich die Medien bzw. die Zeitungen, auf denen der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt, in der Art und Weise ihrer Berichterstattung immer mehr einander annähern und

---

<sup>1</sup> Vgl. Beyerle, 1997, S. 2 f.

<sup>2</sup> Vgl. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 29.04., 30.04., 02.05. und 15.05.1986; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 29.04., 30.04. und 02.05.1986.

offenbar auch dasselbe politische Leitbild transportieren. Dafür lässt sich laut Uwe Krüger als Hauptgrund die personelle und institutionelle „Nähe“ der Elitejournalisten zu den Zentren der politischen Macht ausmachen. Das Verhältnis sei zuweilen auch als „symbiotisch“<sup>3</sup> zu bezeichnen, wodurch der Journalismus als unabhängige vierte Macht nachhaltig infrage gestellt zu sein scheint. Für die Vereinheitlichung der Berichterstattung lassen sich noch andere, vornehmlich wirtschaftliche Gründe anführen: immer weniger Zeit für Recherche, Kostendruck, Informationsflut der Nachrichtenagenturen, Zielvorgaben bei den Absatz- und Clickzahlen, Zielgruppengewinnung. Auf diese Punkte verweisen die Elitejournalisten, wenn sie sich der Kritik an der Berichterstattung stellen.

So lässt sich einleitend festhalten, dass Menschen Wirklichkeiten verschieden konstruieren; und je mehr Möglichkeiten hierzu zur Verfügung stehen, desto unterschiedlicher fallen diese Wirklichkeiten aus. Es konkurrieren unterschiedlich, auch politisch zu nennende Sichtweisen miteinander, weil sich mit ihnen jeweils andere Perspektiven verbinden. Ein Menschenrechtsaktivist sieht die Ukraine-Krise anders als der Mittelständler, der mit Russland Geschäfte macht. Dasselbe trifft auf US-Senator McCain und einem Dresdner Rentner zu, der bei Pegida mitläuft. Darauf verweist Bernhard Poerksen, der als etablierter Medienkritiker immer wieder eingeladen wird, um zwischen den Zeitungen und den zunehmend misstrauischen und ausbleibenden Lesern zu vermitteln.<sup>4</sup>

Die Medien haben einzelne Fehlleistungen in Bezug auf die Ukraine-Berichterstattung inzwischen eingeräumt (z. B. das unbeabsichtigte Vertauschen von Fotos u. a.) Aber wie glaubhaft ist dies, bei professionell vorgehenden Journalisten? Haben die Leser mit ihrem Vorwurf der „Lügenpresse“ womöglich Recht? Herrscht in den Redaktionsstuben ein systemimmanenter Zweck, der die Journalisten die Dinge so sehen lässt, wie sie sie sehen? Und wovon hängt das ab? Warum machen die Medien nicht auf das aufmerksam, was in den Medien womöglich aus den Fugen geraten ist? Wie kann es z. B. passieren, dass die Zeitungen unisono berichten, dass die „Separatisten“ in der Ostukraine gemäß eines Berichts von Amnesty International Menschenrechte verletzen, während sich der Leser parallel hierzu das Originaldokument der Menschenrechtsorganisation über das Smartphone herunterlädt und liest, dass das ukrainische Militär *und* die Separatisten die Menschenrechte verletzen? Will man daraufhin einen Kommentar auf der Online-Plattform abgeben, ist dieser geschlossen. Der Leser erhält den Eindruck, dass die Wahrheit bewusst zurückgehalten bzw. er eine bestimmte Sichtweise auf die

---

<sup>3</sup> Vgl. Krüger, 2013, S. 255.

<sup>4</sup> Vgl. deutschlandradiokultur, 2015.

politische Lage in der Ukraine erhalten soll. Er fühlt sich manipuliert.

Die vorliegende Arbeit will daher untersuchen, ob die deutschen Leitmedien in Bezug auf die Ukraine-Krise die Realität „bewusst“ manipulieren. Damit ist gemeint, dass sie nicht mehr der ‚normalen‘ Verfälschung unterliegen, als Wirklichkeit niemals adäquat wiedergegeben werden kann, sondern offensichtliche, d. h. verifizierbare „Tatsachen“ zurückhalten und den Rest an Wahrheit im Sinne eines bestimmten politischen Leitbilds interpretieren. Als Fallbeispiel wird die Berichterstattung über den Konflikt in der Ostukraine gewählt, zumal sich hier erstmals massiver Widerstand gegen die Berichterstattung in der Öffentlichkeit breit machte.

Im ersten Kapitel wird auf den derzeitigen Forschungsstand zu den Gründen der Vertrauenskrise im Journalismus näher eingegangen. Darauf folgt ein einleitender Faktencheck zur Ukraine-Krise, in dem zur Orientierung nur die notwendigsten und von niemandem bestrittenen Eckdaten benannt werden (Kapitel 2). Die Analyse ausgewählter Textpassagen erfolgt im umfangreichen Kapitel 3 und beginnt mit der Darstellung der Methodik, d. h. die Diskursanalyse sowie die Identifizierung von Narrativen, Frames, kognitiven und emotionalen Schemata u. a. Daran schließt sich das Kernstück der Arbeit (Punkt 3.2). Im Fazit werden die Ergebnisse zusammengefasst und theoretisch eingeordnet.

## 1 Die Vertrauenskrise des Journalismus

Unter dem Titel „Wahrheit und Propaganda“ publizierte die Wochenzeitung die ZEIT im Juni 2015 eine vierteilige Serie zur Glaubwürdigkeitskrise des Journalismus.<sup>5</sup> Eine im Auftrag der Zeitung von infratest dimap durchgeführte repräsentative Umfrage belegt, dass 60 Prozent der rund tausend Befragten wenig (53 %) bis gar kein (7 %) Vertrauen in die Medien haben.<sup>6</sup> Die Kritik richtet sich insbesondere gegen bewusste Fehlinformation und Manipulation (27 %), einseitige Berichterstattung (20 %) sowie handwerkliche Fehlleistungen, wie etwa schlechte Recherchen (15 %). Jeder zehnte der Befragten bemängelt außerdem die vermeintlich fehlende Unabhängigkeit der Medien.<sup>7</sup> Auch ein bereits zwei Jahre zuvor in der SUEDEUTSCHEN veröffentlichter Korruptionsbericht zeigt das sinkende Vertrauen der Bevölkerung in die Unab-

---

<sup>5</sup> Die ZEIT, N° 26 vom 25.06.2015, S. 8–11.

<sup>6</sup> Ebd. S. 8.

<sup>7</sup> Ebd. S. 9

hängigkeit der Medien: Hier ergibt sich, dass sogar „mehr als die Hälfte der Deutschen“ die Medien unter Korruptionsverdacht stellen und in keinem anderen Sektor (Politik, Wirtschaft, Justiz u. a.) die Vertrauenswerte derart rapide sinken.<sup>8</sup> Nicht erst, seitdem die fremdenfeindliche Bürgerbewegung *Pegida* das ursprünglich nationalsozialistisch geprägte Wort der „Lügenpresse“ re-aktualisiert und in Umlauf gebracht hat, ist die Vertrauenskrise gegenüber den Medien in aller Munde.<sup>9</sup> Die sogenannte „Ukraine-Krise“ hat den Vertrauensbruch manifest gemacht: In einem vom britischen Meinungsforschungsinstitut ICM Research durchgeführten Umfrage bekundeten 57 % der befragten Deutschen, erhebliche Zweifel an der Ukraine-Berichterstattung zu haben.<sup>10</sup> Die Zeitungen reagierten ihrerseits mit einer Abschaltung der Kommentarspalten (mit Ausnahme des FOCUS und der ZEIT); zu groß schienen die Abweichungen bei der Wahrnehmung der Realität geworden zu sein. Vor allem scheint es sich um ein Phänomen zu handeln, das nicht nur radikale Randgruppen, sondern die Meinung weiterer Teile der Bevölkerung, auch der politisch interessierten und gebildeten Schichten, repräsentiert.<sup>11</sup>

Dabei sind Misstrauen und Unmut gegenüber den Presseorganen keine neuen Erscheinungen: „Die Kritik an Zeitungen ist so alt wie das Medium selbst“<sup>12</sup>. Auch hat die Welle der Empörung offenbar keinen nachweisbaren Einfluss auf den Status gerade der klassischen Medien als bevorzugte Informationsquelle:

Nach wie vor beziehen die Deutschen ihre politischen Informationen hauptsächlich aus dem Fernsehen, und zwar mit weitem Abstand von ARD und ZDF. An zweiter Stelle folgen Zeitungen und Zeitschriften, danach das Radio und schließlich das Internet.<sup>13</sup>

Trotz Anzeigenkrise, Auflagenrückgängen, dem Kampf um Einschaltquoten sowie der allgemeinen Finanzkrise scheint zumindest das mediale Nutzungsverhalten nicht wesentlich beeinträchtigt. Neu im Vergleich zu früheren Formen der Medienkritik ist allerdings die Sicht- und Lesbarkeit-Debatten um die Vertrauenskrise, ihr Echo und ihre Reichweite, kurz: ihre Öffentlichkeit. Sie können insofern nicht ausschließlich als „Internetphänomen“ bezeichnet werden, da

---

<sup>8</sup> SUEDEDEUTSCHE vom 09.07.2013.

<sup>9</sup> Vgl. auch Niggemeier, 2014 und Pörksen, 2010.

<sup>10</sup> Vgl. heise.de, 2015.

<sup>11</sup> Vgl.: Hamann, 2015, S. 8.

<sup>12</sup> Vgl. Bellingradt, 2015.

<sup>13</sup> Die ZEIT, N° 26 vom 25.06.2015, S. 9.

auch Fernsehen und Printmedien in der Kritik stehen. Gleichwohl ist ihre kommunikative Struktur eine netzbasierte, digitale:

Im Netz wird mehr kommentiert denn je. Twitter und Facebook sind Orte, an denen das Meinen, Empfehlen, Bewerten nie aufhört. Onlinemedien laden ihre Leser und Zuschauer dazu ein, am Ende der Artikel zu hinterlassen, was sie denken, und miteinander über Texte zu diskutieren. Steffen Burkhardt, Medienwissenschaftler in Hamburg, erinnert daran, dass durch das Internet zum ersten Mal „Menschen ohne spezifische Qualifikation direkt zu Menschenmassen sprechen und brandmarken können, was sie als skandalös empfinden“. Das ist eine der großen Errungenschaften der digitalen Welt, und sie bewirkt, dass die alte Ordnung – hier der Sender, dort der Empfänger – nicht mehr gilt. Journalisten sind keine unumstrittenen Autoritäten mehr.<sup>14</sup>

Was unter dem Schlagwort „Vertrauenskrise“ firmiert und verhandelt wird, ist ein mediales Phänomen in doppelter Hinsicht: Freilich bezieht es sich auf „die Medien“; vor allem aber handelt es sich um einen Diskurs, der selbst zutiefst medial geprägt ist, medial geführt und ausgegtragen wird, dessen Resonanz, Beteiligungsrate und Stimmenvielfalt, wohl auch seine inhaltliche Schärfe, nicht unabhängig von dem Medium zu denken sind, in dem er stattfindet. Was sich nahezu unabhängig von seiner inhaltlichen Ausrichtung in diesem Diskurs abbildet, ist eine Auflösung der Grenzen, Regeln und (kommunikativen) Strukturmechanismen des traditionellen Journalismus. Er steht nicht nur inhaltlich zur Debatte, sondern wird gleichzeitig aktiv durch die Debatte mit verändert oder in seiner Veränderung sichtbar. Ob nun kulturpessimistisch die Krise oder gar der Untergang beschworen, oder im Gegenteil euphorisch-optimistisch eine mediale Revolution prognostiziert wird, fest steht: Es handelt sich um einen Umbruch im Zeichen der Digitalisierung. Was sich als Kommunikation der Vielen heute auf digitalen Plattformen versammelt, bezeichnet unter anderen Götz Hamann als eine „fünfte Gewalt“, die nicht mehr verschwinden wird:

Der Strukturwandel der Öffentlichkeit, den wir erleben, ist von Dauer. Es wäre auch falsch, zu sagen, die fünfte Gewalt wirke grundsätzliche zerstörerisch. Sie ist oft rau, aber sie inspiriert auch viele Debatten. [...] Hinweise, die Nichtjour-

---

<sup>14</sup> Hamann, 2015, S. 8.

nalisten über Soziale Netzwerke verbreiten, sind wichtige Informationsquellen für Journalisten. Die fünfte Gewalt befruchtet also die vierte und macht ihr in mancher Hinsicht sogar Konkurrenz. In den Sozialen Netzwerken hat sich ein alternativer Nachrichtenkosmos entwickelt, in dem eine andere Vertrauenswährung gilt. Dort ist es erst mal unwichtig, ob jemand ein professioneller Journalist ist, das Vertrauen wächst dort anders, es zählt der Glaube an den Menschen, denen man auf Facebook oder Twitter folgt und von denen man erwartet, dass sie auf wichtige Ereignisse und interessante Themen hinweisen.<sup>15</sup>

Die Zuschreibungen, Wertungen und Prognosen, die sich um diesen Strukturwandel der Öffentlichkeit herum anlagern, sind vielfältig und widersprüchlich. In jedem Fall ist allerdings ein erhöhter Grad von Selbstreflexion der Medien in den Medien feststellbar.

Nun existiert hinter der Bild- und Oberfläche auch dieser Debatten um Digitalisierung und Vertrauenskrise, quasi auf der Hinterbühne des traditionellen, professionellen Journalismus eine Institution, die sich an dieser Debatte nicht zu beteiligen scheint und von ihren zahlreichen Wortführern praktisch nicht erwähnt wird: die Nachrichtenagenturen.

Als Informations-Großlieferanten sind die Leitmedien wie FAZ, SUEDEUTSCHE, die ZEIT, die WELT, Der SPIEGEL u. a. Zentrum und Schaltstelle, Rückgrat und zentrales Nervensystem gerade traditioneller Medien. Sie sind die rechte Hand eines Journalismus, der momentan im Begriff ist, sich durch neue Formen netzbasierter, Nutzer-generierter Inhalte und Äußerungsmöglichkeiten radikal zu verändern. Die neuen Formen des Journalismus sind einerseits ein natürliches Produkt innerhalb der Entwicklung des Web 2.0, andererseits aber auch eine unmittelbare Reaktion auf die an den Leitmedien wahrgenommenen Mängel. In den oben zitierten Studien werden gerade Bereiche als Ursache des Vertrauensverfalls genannt, die traditionell zum Aufgabenbereich und Handwerkszeug von Zeitungen gehören (Objektivität, Recherche, Sachlichkeit u. a.). Vor dem Hintergrund dieses auffälligen Missverhältnisses zwischen dem Umfang der öffentlichen Debatte zum Medienwandel und dem relativ flächendeckenden Schweigen über Leitmedien innerhalb der wissenschaftlichen Diskurse wurde das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit neu justiert.

---

<sup>15</sup> Ebd., S. 9.



## 2 Der „Ukraine-Konflikt“ – Eckdaten

Was der „Ukraine-Konflikt“ ist, ist mehr als bei anderen politischen Sachverhalten eine Frage der Perspektive. Die beteiligten Akteure sind die ukrainische Regierung (unter Präsident Janukowytsch und ab dem 07. Juni 2014 unter Präsident Poroshenko), die ukrainische Protestbewegung, die EU, Russland, die USA und die Nato, womit bereits ein ganzes Interessenbündel angezeigt ist. Deshalb soll der Verlauf der Ukraine-Krise in diesem einführenden Kapitel nur anhand von Fakten geschildert werden, die von keiner der Parteien bestritten werden. Hierbei handelt es sich um Ereignisse, Beschlüsse / Dokumente der politischen Institutionen sowie Stellungnahmen einzelner Politiker.

Das Vorfeld der Ukraine-Krise wurde durch die Verhandlungen der EU mit der Ukraine zum EU-Assoziierungsabkommen bestimmt. Für die EU war dies ein Instrument zu ihrer Erweiterung. Der Kern des EU-Assoziierungsabkommens bildete ein Freihandelsabkommen („deep and comprehensive free trade agreement“ – DCFTA), das den zollfreien Zugang zu den Märkten von EU und Ukraine vorsah. Im Gegenzug sollte die Ukraine die rechtlichen und wirtschaftlichen Standards der EU sicherstellen. *De facto* bedeutete das für die Ukraine umfassende politische und wirtschaftliche Reformen, für die das Land zusätzliches Geld von der EU und dem Internationalen Währungsfond (IWF) benötigte. Präsident Janukowitsch beklagte das Ausbleiben der zugesagten Gelder des IWF in Höhe von 610 Millionen Euro und setzte im Herbst 2013 die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens mit der Begründung aus, dass die Ukraine wirtschaftlich noch nicht stark genug dafür sei. Des Weiteren fehle der EU eine strategische Vision, welche Rolle die Ukraine in der EU-Staatengemeinschaft einnehmen solle.<sup>16</sup>

Gleichzeitig lag dem ukrainischen Präsidenten ein lukratives Angebot von Russland für den Eintritt in die Eurasische Zollunion vor. Russland wollte vermeiden, dass durch das EU-Assoziierungsabkommen ukrainische und westliche Produkte zollfrei über die Grenzen nach Russland gelangen. Diesem engeren wirtschaftlichen Ziel korrespondierte ein weiter gefasstes wirtschaftspolitisches, wonach nach dem Vorbild der EU ein wirtschaftlicher Staatenbund mit den ehemaligen Sowjetrepubliken geschaffen werden sollte. Das Angebot Russlands versprach sofortige finanzielle Hilfe für die hochverschuldete Ukraine, ohne dass das Land dem Druck von Reformen ausgesetzt wurde. Auf dem Demokratieindex von *The Economist* lag die Ukrai-

---

<sup>16</sup> faz.net, 2013.

ne zu diesem Zeitpunkt auf Rang 92,<sup>17</sup> auf dem Korruptionsindex von *Transparency International* auf Rang 130.<sup>18</sup> Seitens der EU fanden die traditionellen, gewachsenen wirtschaftlichen Bindungen zwischen der Ukraine und der EU zunächst Anerkennung. Bundeskanzlerin Merkel äußerte sich dahingehend, dass es nicht darum gehe, dass sich die Ukraine einseitig an die EU oder Russland binde.<sup>19</sup> *De facto* erhöhte die EU jedoch den Druck auf Janukowitsch, um das Abkommen unter Dach und Fach zu bringen.<sup>20</sup>

Mit der Einbindung der Ukraine in die eurasische Zollunion hätte die Ausweitung der EU, die ja das zentrale Ziel des EU-Assoziierungsabkommens war, einen erheblichen Rückschlag erlitten. Des Weiteren spielte das EU-Assoziierungsabkommen den Plänen der USA in die Hände, die die Ausdehnung der politischen Einflussphäre Russlands in der Region ehemaliger Sowjetrepubliken verhindern wollte. Im Gegenzug befürchtete Russland, dass die Ukraine, einmal der EU beigetreten, über kurz oder lang auch Mitglied der NATO werden könnte. Zwar hatten die USA und die NATO nach den Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands Russland mündlich zugesagt,<sup>21</sup> die NATO nicht nach Osten auszudehnen, doch dieses Versprechen dann mehrfach gebrochen. Eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO hätte bedeutet, dass Mittelstreckenraketen der NATO Gebiete hinter dem Ural erreichen könnten; des Weiteren stünde der NATO ein Aufmarschgebiet von 1.576 km zur Verfügung. Die NATO und die USA beurteilten die Sorgen Russlands als völlig grundlos.<sup>22</sup>

Die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens führte zu Protesten in einem Teil der ukrainischen Bevölkerung. Es handelte sich vor allem um junge Menschen, die sich von einer EU-Mitgliedschaft wirtschaftlichen Aufschwung – auch durch die dann mögliche visafreie Einreise in EU-Länder – erhofften. Die Proteste brachen nicht landesweit auf, sondern blieben auf den Maidan beschränkt. Am 08. Dezember belief sich die Zahl der Demonstranten auf über 500.000.<sup>23</sup> Jetzt demonstrierten vor allem Menschen, die mit der wirtschaftlichen Situation unzufrieden waren und die in ihren Augen korrupte Regierung absetzen wollte.<sup>24</sup> Am 18. Februar eskalierten die Proteste, es kam zu über 80 Todesopfern.<sup>25</sup> Verantwortlich gemacht

---

<sup>17</sup> wikipedia.org., 2013.

<sup>18</sup> laenderdaten.de, 2013.

<sup>19</sup> deutschlandradiokultur.de, 2013.

<sup>20</sup> deutschlandfunk.de, 2013.

<sup>21</sup> Vgl. faz.net, 2014a.

<sup>22</sup> Vgl. ebd.

<sup>23</sup> Vgl. BBC News, 08.12.2013.

<sup>24</sup> Gorshenin Institute, 2013.

<sup>25</sup> Vgl. Basler Zeitung, 23.02.2014.

wurde der Sicherheitsapparat Janukowitschs, was zu dessen Sturz am 22.02.2014 führte.<sup>26</sup> Am 02. Mai brannte in Odessa das Gewerkschaftshaus nieder, in dem sich Anhänger Janukowitschs versammelt hatten. Es handelte sich um Brandstiftung, die Täter sind bis heute nicht ermittelt.

Das Ereignis in Odessa kann als direkte Ursache für die Ausweitung in einen Bürgerkrieg verstanden werden. Der Präsident Janukowitsch war geflohen und am 22.02.2014 für abgesetzt erklärt worden. Die Anhänger der Partei Janukowitschs lebten vor allem im Osten der Ukraine. Es handelte sich überwiegend um die russischstämmige Bevölkerung, wodurch der Konflikt zusätzlich eine ethnische Spannung erhielt. Die Bevölkerung erkannte die Absetzung Janukowitschs nicht an; aufgrund der Beteiligung „rechter“ Kräfte wurde die Übergangsregierung unter Arsenij Jazenjuk als Bedrohung gesehen.<sup>27</sup> Teile der Bevölkerung, die fortan als „Separatisten“ bezeichnet wurden, bewaffneten sich und besetzten die Verwaltungsgebäude. Die ukrainische Regierung schickte im Sommer 2014 ihrerseits militärische Truppen, um die Gebiete, die sich offiziell von der Ukraine losgesagt hatten, zurückzuerobern. Der kriegerische Konflikt sollte bis Februar 2015 andauern und mehrere Tausend Opfer fordern.

Russland hatte nach der Absetzung Janukowitschs noch am 23.02.2014 beschlossen, die Krim zu besetzen. Die Krim ist für Russland ein wichtiger geomilitärischer Standort (Zugang zum Mittelmeer), des Weiteren ist die Bevölkerung zu über 90 % russischsprachig. Die militärischen Operationen erfolgten verdeckt, bis zum 27.02.2014 waren alle wichtigen Verwaltungsgebäude und Einrichtungen besetzt.<sup>28</sup> Die Regierung der Krim wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgesetzt und eine prorussische Übergangsregierung installiert. Am 16.03.2014 wurde ein nach ukrainischem Recht illegales Referendum über den Verbleib der Krim in der Ukraine durchgeführt. Die Bevölkerung stimmte zu über 90 % für eine Angliederung an Russland.<sup>29</sup> Unter Völkerrechtlern ist das Vorgehen und das Resultat umstritten: Während einige einen klaren Bruch des Völkerrechts erkennen, sprechen andere von einer durch das Völkerrecht abgedeckten Separation.<sup>30</sup>

Die Besetzung der Krim rief die USA auf den Plan. Wie weit die USA bereits in die Ereignisse rund um den Sturz Janukowitschs involviert waren, zeigt ein an die Öffentlichkeit gedrungenen Telefonmitschnitt der EU-Außenbeauftragten Nuland vom US-Department for Fo-

---

<sup>26</sup> Vgl. Die Welt, 25.02.2014.

<sup>27</sup> Vgl. Eipeldauer, 2014, S. 124.

<sup>28</sup> wsj.de, 01.03.2014.

<sup>29</sup> Vgl. mobil.fr-online, 2015.

<sup>30</sup> Vgl. lto.de, 2015.

reign Affairs. In diesem gibt sie kund, dass „Jaz“ (Jazenjuk) „our man“ sei.<sup>31</sup> Nach der Besetzung der Krim erhöhten die USA den Druck auf Europa, Sanktionen auszusprechen. Länder mit intensiven wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland (Frankreich, Italien) schlugen konkrete Absprachen jedoch vorerst aus.<sup>32</sup> Erst der Absturz der Passagiermaschine MH17, für den die Separatisten und Russland verantwortlich gemacht wurden, erhöhten den moralischen Druck soweit, dass die EU wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland beschloss.<sup>33</sup> Wer die niederländische Passagiermaschine abgeschossen hat, ist bis heute unklar.<sup>34</sup>

Während des „Ukraine-Konflikts“ erhöhten sich insbesondere die Spannungen zwischen der USA / NATO und Russland, weil letzteres die Separatisten mit verdeckten militärischen Aktionen unterstützte. Beobachter sahen die Welt bereits am Rande eines Dritten Weltkriegs. Aus dem Bürgerkrieg gingen die „Separatisten“ militärisch als Sieger hervor; ihr eigentliches Ziel, die Anerkennung als selbständige Republiken durch Russland, haben sie aber verfehlt. Der Konflikt ist seit dem Minsker Abkommen „eingefroren“, wie es in der diplomatischen Fachsprache heißt. In dem Status Quo zeichnet sich derzeit weder ein Vor noch Zurück ab.<sup>35</sup>

### **3 Analyse der Leitmedien (Zeitungen)**

#### **3.1 Zur Methodik: Diskursanalyse und Framing**

Der Unterschied zu anderen Methoden liegt bei einer Diskursanalyse darin, dass der Text nicht als ein Abbild einer geschichtlichen Wirklichkeit verstanden wird, sondern Wirklichkeit selbst erst sozial konstituiert wird. Die Diskurse sind darum – nach den Vorstellungen Michel Foucaults – Medien aufeinander treffender Machtdispositive.<sup>36</sup> Damit sind Diskurse an Inklusions und Exklusionsprozesse gebunden, die Herrschaftsverhältnisse festigen, aber auch verändern können. In Bezug auf die untersuchten Leitmedien wird dabei zu beobachten sein, wie sich die Zeitungen von ihrer Aufgabe zur neutralen Berichterstattung entfernen und sich zu einem ei-

---

<sup>31</sup> Vgl. [bbc.com](http://bbc.com), 2014

<sup>32</sup> Vgl. [faz.net](http://faz.net), 2014b.

<sup>33</sup> Vgl. [sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de), 2014.

<sup>34</sup> Vgl. [guardian.com](http://guardian.com), 2015.

<sup>35</sup> Vgl. [bloombergview.com](http://bloombergview.com), 2015.

<sup>36</sup> Vgl. Keller, 2007, S. 44 f.

nem Sprecherorgan europäischer und mehr noch US-amerikanischer Interessen entwickeln.<sup>37</sup> Die Diskurse bestimmen die Subjektivierung jedes Einzelnen und die Ausgestaltung der Gesellschaft im Ganzen. So versuchten die vernetzten Elitejournalisten über die Leitmedien Einfluss auf die Bevölkerung zu nehmen und einen „common sense“ über die Ereignisse in der Ukraine herzustellen.

Für die Diskursanalyse wird vorab ein Analyseschema erstellt, in dem die wichtigsten Problemfelder bzw. Diskursstränge identifiziert werden: Welche Begriffe werden in den Leitmedien in Bezug auf die Ukraine-Krise für was vorzugsweise verwendet und mit welchen anderen Begriffen gehen sie dabei eine Verbindung ein? Wie sind diese semantischen „frames“<sup>38</sup> organisiert und emotional imprägniert, das heißt, welche ‚mental spaces‘ rufen sie wach?<sup>39</sup> Was wird durch diese Repräsentationen, Apperzeptionen und Interpretationen transportiert? Und welchen Einstellungswandel bewerkstelligt dies ggf. bei den Rezipienten?<sup>40</sup> Dies ist bereits der Übergang zur Diskursanalyse, in der einzelne Texte – aus er Zeit zum Beginn der Ukraine-Krise bis zum Höhepunkt des Konflikts – einer vertiefenden Analyse unterzogen werden. Dabei wird teilweise bis auf die soziolinguistische Ebene vorgedrungen. Theoretische Vorarbeit, die vor allem auf die praktische Anwendung zielt, wurde im Bereich der Diskursanalyse vor allem von Achim Landwehr geleistet.<sup>41</sup> Des Weiteren wird auf die soziolinguistischen Arbeiten von Heiko Girth zurückgegriffen.<sup>42</sup>

Was die Menschen in der Wahrnehmung der „Ukraine-Krise bestimmt, folgt unterschiedlichen Dispositiven: politische Überzeugungen und historisches Wissen mischen sich mit sozialen, kulturellen und ethischen Gesichtspunkten. Eine zentrale Frage der vorliegenden Arbeit ist, ob sich die Elitejournalisten (auch als „Alpha-Journalisten“ bezeichnet) dabei der gegenseitigen Beeinflussung bewusst sind, durch die sie über gezielte Informationsvergabe und unterlassung in der Wahrnehmung eines Sachverhaltes gesteuert werden. Die Autoren, die die Leitartikel und Kommentare in den untersuchten Zeitungen verfassen, scheinen von der Richtigkeit ihrer Meinung überzeugt zu sein. Widerspruch wird nicht geduldet, was die Schließung der Kommentarspalten zeigt. Selbiges gilt aber auch für manche Leser, die eine ausgesprochen prorussische Position einnehmen. Jede Position in einem Diskurs versucht all das auszuschlie-

---

<sup>37</sup> Vgl. Krüger, 2013, S. 52 ff.

<sup>38</sup> Vgl. Dahinden, 2006,

<sup>39</sup> Vgl. Schlipphack, 2011, S. 30 ff.

<sup>40</sup> Vgl. Matthes, 2007, S. 128 f.

<sup>41</sup> Vgl. Landwehr, 2001.

<sup>42</sup> Vgl. Girth, 2002.

ßen, was sich ihren eigenen Prinzipien nicht fügt.

Im umfassenden Sinne stellt eine Diskursanalyse somit eine Beziehung zwischen dem Wissen, das eine geschichtliche Gesellschaftsform herstellt, zu dieser Gesellschaft selbst her. Diese Beziehung ist eine der Macht, die sich in der Form von „Diskursen“ verwirklicht. Ein Diskurs kann daher definiert werden als „eine nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis beziehungsweise Gesamtheit von Aussageereignissen, die im Hinblick auf institutionell stabilisierte gemeinsame Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungserzeugung untersucht werden.“<sup>43</sup> Dabei geht der Untersuchung der vorliegenden Texte ein Hinterfragen der Ordnung der weltlichen Dingen sowie den Texten zugrunde liegenden Regelstrukturen voraus.<sup>44</sup> Die Rekonstruktion dieser oft fälschlicherweise als „natürlich“ hingegenommenen Regelsystems ist das Ziel der vorstehenden Analyse.

Eine Diskursanalyse verkürzt die Geschichte nicht auf lineare Wirkungszusammenhänge mit eindeutigen Kausalketten, sondern arbeitet immer mit mehreren Arbeitshypothesen, die sozusagen wie Sonden in das vorliegende Material gesandt werden. Jede dieser „Sonden“ hat eine gewisse Reichweite, bis zu der sie zuverlässiges Wissen liefert. Danach wird die Arbeitshypothese abgebrochen, das gefundene Wissen wird in eine neue Perspektive gerückt und so fort. Foucault selber hat keine methodische Anleitung für eine kritische Diskursanalyse vorgelegt. Bei ihm mischen sich diskursanalytische mit genealogischen und epistemischen Verfahren.<sup>45</sup>

In der Folge haben sich dann mehrere Diskursanalyseverfahren herausgebildet, in Abhängigkeit von der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin und dem Erkenntnisinteresse. So wird z. B. die historische von der wissenssoziologischen Diskursanalyse unterschieden. Andere Diskursanalysen orientieren sich an kommunikations-, medientheoretischen oder soziolinguistischen Gesichtspunkten.<sup>46</sup> Die Forschung bezüglich der Frage, was ein Diskurs ist und mit welchen Methoden dieser zu analysieren ist, zeigt sich daher sehr theorielastig. Im Einzelnen zeigen sich dann wiederum sehr viele Überschneidungen. Für diese Arbeit wird an der Diskursanalyse festgehalten; der Anspruch, den Diskurs absolut zu rekonstruieren, wird aus den oben genannten Prämissen jedoch aufgegeben.<sup>47</sup> Es handelt sich um eine Annäherung an die Wahr-

---

<sup>43</sup> Keller, 2007, S. 64.

<sup>44</sup> Vgl. ebd., S. 44.

<sup>45</sup> Vgl. Saar, 2007, S. 189.

<sup>46</sup> Vgl. Girth, 2002, S. 56 f.

<sup>47</sup> Vgl. Landwehr, 2001, S. 104.

heit. Dabei werden ggf. auch wissenssoziologische und soziolinguistische Verfahren (auf der Ebene des Wortmaterials) mit einbezogen.

In dieser Weise hat Joachim Landwehr die Diskursanalyse für die praktische Forschung nutzbar gemacht. Sie untersuche vor allem die Sprache, aber nicht nur. Entziffert werden daher zwei Zeichensysteme (Texte, Bilder, Filme etc.), wobei den inneren Verschiebungen nachgegangen wird. Landwehr empfiehlt hierzu einen stärkeren linguistischen Zugang, ohne deren Modelle zu übernehmen.<sup>48</sup> Dies würde – betrachtet man die gegenwärtige ‚Vielfalt‘ linguistischen Zugänge zur Sprache – schlichtweg ins Uferlose führen. Erkenntnisse für die Politikwissenschaft sind auf diese Weise nicht zu erzielen. Nach Landwehr muss zunächst der Textkorpus bestimmt werden; d. h. es werden Texte ausgewählt, die die Positionen idealtypisch darstellen und die damaligen Machtverhältnisse insgesamt repräsentieren. Der ausgewählte Textkorpus wird zu jedem Zeitpunkt der Analyse in seinem Kontext betrachtet. Dabei können im Wesentlichen vier Ebenen unterschieden werden:

- *der situative Kontext*: Wer tut was zu welchem Zeitpunkt? Und mit welchem Hintergrund (soziale Normen und Werte der Person)?
- *der mediale Kontext*: Wie tut er sie das? Das heißt, welche Medien werden genutzt und (weiterführend) warum?
- *der institutionelle Kontext*: Handelt es sich um persönliche Materialien oder Dokumente von politischen und / oder sozialen Institutionen?
- *der historische Kontext*: Welches gesamtgesellschaftliches „Klima“ ist vorhanden (politisch, ökonomisch, sozial, kulturell)?<sup>49</sup>

Diese vier allgemeinen Punkte an dieser Stelle theoretisch weiter auszuführen, ist nicht zielführend. Ihre Validität soll sich vielmehr in der konkreten Diskursanalyse selbst erweisen.

Die Diskursanalyse der deutschen Leitmedien zur „Ukraine-Krise“ erfolgt auf der Makro- und der Mikroebene. Auf der Makroebene wird die narrative Struktur der Texte ermittelt. Handelt es sich – im Fall der vorliegenden Arbeit – um eine Polemik, eine Rechtfertigung, eine Persuasion (Überzeugung, Überredung)? Mit welchen denotativen (sachbezogenen), deontischen (sollen und nicht sollen) und evaluativen (bewertenden) Merkmalen wird das Bild der

---

<sup>48</sup> Vgl. ebd., S. 105 f.

<sup>49</sup> Vgl. ebd., S. 105 f.

Ukraine besetzt? Dabei wird auch geklärt, welche bestehenden Argumentations bzw. Diskursstränge der Text aufnimmt, miteinander verbindet und weiter verfolgt. An wen richtet sich der Text? In welchem Verhältnis stehen Textinhalt und Textform?<sup>50</sup> Im Grunde genommen geht es um die Beantwortung der Frage, wie der situative Text mit seinem historischen Kontext ‚arrangiert‘ ist. Die Mikroebene stellt eine vertiefende Analyse der vorliegenden Textsorte dar. Wie argumentiert der Autor im Einzelnen? Welcher Stilistik und Rhetorik bedient er sich?<sup>51</sup> Worin genau besteht die Struktur der Argumentation? Das heißt, wie erreicht der Text, was er (offensichtlich) bezweckt? Für die Beantwortung der Fragen werden ausgewählte Passagen eines Textes näher analysiert, wobei auch linguistische Analysemethoden zur Anwendung kommen. Konkret geht es um die Art der verwendeten topoi (Ursache Wirkung Argumentation, Mittel Zweck Argumentation, Operieren mit Gleichheits und Ungleichheitsrelationen, Autoritätszitate etc.) sowie syntaktische und semantische Aspekte. Nutzen die Autoren Polysemien und semantische Varianzen? Welche Symbol und Schlagwörter werden gebraucht? Die makrostrukturellen Machtverhältnisse sollen dadurch auf der mikrostrukturellen Ebene, den Sätzen und Wortphrasen, sichtbar gemacht werden.<sup>52</sup>

### 3.2 Analyse ausgewählter Textbeispiele

In allen im Folgenden analysierten Textbeispielen stechen drei Frames besonders in's Auge: Die alleinige Stoßrichtung ist Russlands Präsident Putin, der für die Ukraine-Krise ausschließlich verantwortlich gemacht wird. Dies geht zumeist mit einer moralischen Diskreditierung / Dämonisierung seiner Person einher. Die Entwicklungen in der Ukraine werden diesem Bild entsprechend kontextualisiert; das Handeln von Akteuren oder Ereignisse, die nicht in das beabsichtigte Bild passen bzw. dementsprechend zu interpretieren sind, werden ausgelassen. Dies betrifft insbesondere die politischen Akteure in der Ukraine. Der Leser kennt nur die prowestlichen Präsidenten Poroshenko und den Ministerpräsidenten Jazenjuk. Die Macht der sogenannten „Oligarchen“, die Netzwerkbildung (Korruption) und der rechte Sektor (u. a. die Asow-Brigaden) werden nicht thematisiert. Das dritte Merkmal der Berichterstattung ist die permanente Wiederholung. Es wird immer nur ein und dieselbe Botschaft wiederholt: Putin kämpft gegen

---

<sup>50</sup> Vgl. ebd., S. 114.

<sup>51</sup> Vgl. ebd., S. 117.

<sup>52</sup> Vgl. ebd., S. 118.



gegen den Westen, der die demokratischen Werte vertritt, er benutzt dazu die Ukraine und er müsse dabei unverzüglich gestoppt werden.

### 3.2.1 SUEDEDEUTSCHE ZEITUNG

Der im folgenden analysierte Artikel stammt von Stefan Kornelius und wurde am 21.11.2013 online gestellt. Stefan Kornelius ist Mitglied Teilnehmer in / an folgenden Organisationen bzw. Veranstaltungen:

- *American Institute for Contemporary German Studies (AICGS)*,
- Deutschen Atlantische Gesellschaft,
- Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik,
- Internationale Politik,
- Körber-Stiftung,
- Münchner Sicherheitskonferenz.<sup>53</sup>

Spalter Putin erreicht sein Ziel



[1] Seit der orangefarbenen Revolution kämpft der Westen um Reformen in der Ukraine - und ist damit vorerst gescheitert. Das Assoziierungsabkommen mit der EU liegt auf Eis. Damit zieht Russlands Präsident Putin Kiew auf seine Seite und vollendet sein spalterisches Werk: Er will die Konfrontation, weil nur die harte Abgrenzung sein Regime schützt.

Ein Kommentar von Stefan Kornelius

---

<sup>53</sup> Vgl. Krüger, 2013, S. 234 ff.

[2] Das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine kommt nicht zustande. Das ist die blanke wie ernüchternde Botschaft nach - ja, nach eigentlich wie viel Jahren des Werbens, Verhandelns, Feilschens?

[3] Seit der Präsidentschaftswahl 2004 und der orangefarbenen Revolution kämpft der Westen um Rechtsstaatlichkeit, Reformen, Marktwirtschaft und die Öffnung in der Ukraine. Tatsächlich aber geht es um noch mehr. Die Ukraine selbst ringt um ihre Identität, ihre historische Verankerung, ihre politische Zugehörigkeit. Sie glaubt sich entscheiden zu müssen zwischen dem Westen oder Russland. Die Alternative ist konstruiert und wirkt wie Gift.

Timoschenkos Schicksal steht nicht im Mittelpunkt.

[4] Die EU tut nun gut daran, in den letzten verbleibenden Tagen bis zum Gipfeltreffen mit den Nachbarn im Osten die Prinzipien aufrechtzuerhalten, die bisher für eine engere Anbindung galten. Rechtsstaatlichkeit und Reformen wirken wie ein Magnet. Wer aber den Charakter der Rechtsgemeinschaft EU nicht akzeptiert, kann sich dort auch nicht zugehörig fühlen. Das Schicksal Julia Timoschenkos steht da nicht im Mittelpunkt, so hart dies klingen mag. Ihre Freilassung wäre zwar eine wünschenswerte humanitäre Geste. Besser wäre es aber, wenn das Rechtssystem der Ukraine selbst in der Lage wäre, ihren komplexen Fall fair aufzuarbeiten.

[5] Wenn das Abkommen nun nicht zustande kommt, ist der politische Schaden für die EU beklagenswert, aber zu verkraften. Anders als der russische Präsident Wladimir Putin darf die EU ihre Nachbarschaftspolitik nicht als blanken Wettbewerb um Einfluss und Macht verstehen.

[6] Wer dem Rechtsraum EU angehören wollte, der kam immer aus eigenem Antrieb und mit Leidenschaft, der brachte die Kraft zu Reformen gerne auf. Die Ukraine ist noch nicht so weit. Das Land wird so lange nicht an die EU heranrücken, wie Russland keinen positiven und Testosteron-reduzierten Umgang mit dem Westen gefunden hat. Unter Präsident Putin ist das nicht mehr zu erwarten.

Furcht vor der reformatorischen Kraft der EU

[7] Putin war es, der in geradezu diabolischer Art ein Dreiergespräch über das Schicksal der Ukraine vorschlug, als schriebe man das Jahr 1939 und könne Territorien zuschanzen wie einst Hitler und Stalin. Den Menschen nicht nur in der einst polnischen Westukraine sondern überall im aufgeklärten Europa müssen die Ohren klingen. Putins spalterisches Werk erreicht vorläufig sein Ziel: Er will die Konfrontation, weil nur die harte Abgrenzung sein autoritäres System schützt. Kratzt der Rechtsstaat erst an seine Tür und schwappen die Werte der EU bis nach Russland, dann wird auch der Osten Europas infiziert werden von der reformatorischen Kraft, die in der Gemeinschaft steckt.

[8] Seit Jahrhunderten verlaufen kulturelle, sprachliche und religiöse Bruchlinien durch das Territorium, auf dem sich heute die Ukraine befindet. Aber Europa hat an vielen anderen Plätzen gezeigt, dass es seinen historischen Ballast abwerfen kann. Die Ukraine hat ihren Platz in Europa. So wie Russland auch.

Analyse

Der Beitrag von Stefan Kornelius ist als Kommentar ausgewiesen, womit ein journalistischer Standard erfüllt scheint. Von einem Kommentar im eigentlichen Sinne lässt sich dennoch nicht sprechen, weil er nicht auf einer ausführlichen Recherche und Berichterstattung aufsetzt. In der Woche, in der der Kommentar veröffentlicht wurde, finden sich nahezu ausschließlich dpa-

Meldungen. Welche Realität in Verbindung mit den dpa-Meldungen erzeugt wird, soll im Anschluss an die Feinanalyse rekonstruiert werden.

Bereits die Überschrift nimmt eine harte Weichenstellung vor: Der Leser wird nicht darauf vorbereitet, dass der Gegenstand des Kommentars der Konflikt um das EU-Assoziierungsabkommen ist, in dem der russische Präsident Putin einer unter anderen politischen Akteuren ist, der die Interessen seines Landes vertritt. Putin wird von vornherein als „Spalter“ titulierte. Das Wort ist an sich negativ besetzt: Jemand, der etwas spaltet, bringt etwas auseinander, was eigentlich zusammengehört. Putin wird nun unterstellt, dass er in einem fort spaltet, so dass ihm diese Handlungsweise als Persönlichkeitsmerkmal zugeschrieben wird. Verstärkt und gefestigt wird der Eindruck durch das zur Überschrift gehörende Foto: Der ukrainische Präsident Janukowitsch hält die Hände im Schoß; diese Geste und die Mimik im Gesicht deutet an, dass er das, was um ihn herum vor sich geht, nicht beeinflussen kann. Er wirkt wie jemand, der keine eigene Entscheidungsgewalt hat. Im Foto sitzt er im Hintergrund, während der Vordergrund von Putin – vielmehr Putins Kopf – dominiert wird. Putin scheint seinen Blick auf ein Dokument zu heften, das er gerade kritisch prüft. Der Betrachter nimmt im Kontext des Kommentars natürlich an, dass es sich um das EU-Assoziierungsabkommen handelt. Der Gesichtsausdruck und die an die Schläfe gehaltene Hand verheißen nichts Gutes: Putin zieht kritisch die Augenbrauen hoch, die Mundwinkel sind nach unten verzogen. Dem Foto wohnt eine gewisse Dynamik inne: Der Betrachter setzt die Bildhandlung fort, und zwar, so, dass Putin im nächsten Moment die Hand von der Schläfe nehmen und in dem angenommenen Dokument irgendetwas durchstreichen wird. Damit wird er seiner Rolle als „Spalter“ gerecht.

[1] Der „Westen“ hingegen „kämpft“ um „Reformen in der Ukraine“. Das Wort „Reform“ ist im Deutschen grundsätzlich positiv besetzt: Institutionen, Strukturen, Denkweisen, die von der Zeit „überholt“, also nicht mehr „zeitgemäß“ sind, werden reformiert, um sie effektiver und effizienter zu machen. In der politischen Praxis bedeuten Reformen – und das wird von der Bevölkerung auch so antizipiert – die Durchsetzung neoliberaler Interessen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Der Schwerpunkt der Analyse soll aber auf dem Wording liegen: Während Putin spaltet und seine Ziele zu erreichen droht, kämpft der Westen. Er kämpft offenbar gegen eine Spaltung, die durch Putin initiiert ist. Dadurch erscheint der Kampf des Westens von vornherein als gerechtfertigt und ‚gut‘ – schließlich ist Einheit besser als Spaltung. Der Leser erhält den Eindruck, dass die Vorgehensweise des Westens gerechtfertigt ist. Er / sie kommt so erst gar nicht dazu sich zu fragen, warum der Westen in der Ukraine Reformen durchsetzen will. Ist

dies nicht die alleinige Angelegenheit des souveränen Staates Ukraine?

Bereits im Teaser umgeht Kornelius geschickt das Gemengegelage an Interessen, das eine seriöse Berichterstattung hätte entwirren müssen. Diese hätte gezeigt, dass der Westen die Bindungen zwischen Russland und der Ukraine genauso zu spalten sucht wie umgekehrt Russland die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU. Stattdessen suggeriert Kornelius die Einheit des Westens mit der Ukraine; er benennt dies jedoch nicht ausdrücklich, weil dem Leser dann bewusst werden könnte, worauf der Kommentar von Kornelius eigentlich hinauszielt: die Fundamentierung europäischer respektive transatlantischer Interessen. Kornelius besetzt das Schemata ‚gute Einheit / schlechte Spaltung‘, das der Leser aus dem Langzeitgedächtnis aktiviert und das auch emotional besetzt ist. Das Framing des gesamten Artikels ist mit der Überschrift, dem dazugehörigen Bild und dem ersten Satz im Teaser bereits fertiggestellt.

Das sozusagen noch taufrische Frame erlaubt es dem Autor, im selben Atemzug Behauptungen aufzustellen, die er nicht weiter begründet bzw. für deren Begründung es wiederum an Fakten / Recherchen fehlt, auf die sie sich stützen könnten. Das EU-Assoziierungsabkommen liege auf „Eis“. Für sich genommen ist durchaus ein neutraler Sprachgebrauch, da es unterschiedliche Gründe dafür geben mag, warum eine Sache nicht vorankommt bzw. vorübergehend abgebrochen wird. Es kann – aus Zeitmangel oder weil die notwendigen Ressourcen nicht verfügbar sind – auch durchaus gerechtfertigt sein, eine Angelegenheit / Aufgabe auf Eis zu legen. In der Verwendung der Metapher durch Kornelius sind die Gründe für das Nicht-Vorankommen des EU-Assoziierungsabkommens aber bereits benannt wurden, so dass das Stocken des EU-Assoziierungsabkommens so schnell als möglich wieder aufgehoben werden muss. Was wiederum nichts anderes heißt, als dass der Westen seinen Kampf um „Reformen“ fortsetzt.

In dem Kommentar geht Kornelius nicht weiter darauf ein, welche Forderungen – denn das sind die „Reformen“ – die EU an die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens durch die Ukraine gestellt hat. Insbesondere wird ausgeblendet, welche unmittelbaren Folgen die Umsetzung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen auf die ukrainische Bevölkerung hätte (Wegfall staatlicher Subventionen, Sparmaßnahmen im Öffentlichen Sektor etc.). Die Ukraine ist nicht der Gegenstand des Artikels, sondern Putin, der bereits im folgenden Satz wieder zur ‚Zielscheibe‘ wird. Er ‚zieh[e]‘ Kiew auf ‚seine Seite‘ und ‚vollende[] sein spalterisches Werk‘. Das Framing wird wiederholt und gefestigt: Der Autor verwendet eine Metapher, die bedingt mit Gewalt angereichert ist: Jemanden auf ‚seine Seite ziehen‘ bedeutet, nicht

nur sprachliche Mittel der Überzeugung einzusetzen, sondern alle möglichen Versuche zu unternehmen, dass er / sie nach den eigenen Vorstellungen handelt. Putin habe die Spaltung durch einen ungerechtfertigten Kraftakt erreicht; d. h., er handelt nicht so, wie er nach der Maßgabe des Artikels zu handeln hat. Er suche die „Konfrontation“ mit dem Westen, weil nur diese „harte Abgrenzung sein Regime schütz[e]“. Das Frame wird noch einmal geöffnet und um ein weiteres Element bereichert: das Motiv des russischen Präsidenten. Die Aussage: Der Konflikt mit der Ukraine ist für den russischen Präsidenten nur ein Mittel zum Zweck, um gegenüber dem Westen Stärke zu demonstrieren, wodurch er innenpolitisch seine Position festigt. Kornelius greift einen politikwissenschaftlichen topoi auf, wonach Staaten sich innenpolitisch stabilisieren, wenn sie der Nation einen äußeren Feind präsentieren können. Die Bevölkerung stellt sich in diesem Fall hinter die Regierung; Kritik und Protest aufgrund einer weniger guten wirtschaftlichen Lage bleibt in diesem Fall aus. Dem gebildeten Leser – der zur Zielgruppe der SUEDEDEUTSCHEN gehört – ist dieser Mechanismus bekannt. Und weil er sich nahtlos in das gebildete Frame einfügt, nimmt er die Unterstellung auch hin. Der letzte Satz unterstreicht noch einmal, dass es einzig und allein um Putin geht: Er wolle sein „Regime“ schützen – vor der eigenen Bevölkerung, den Interessen der Ukraine, letztlich vor allen ‚guten Europäern‘. Putin der Despot, das Böse.

[2] Der Absatz beginnt mit einer Wiederholung: „Das EU-Assoziierungsabkommen kommt nicht zustande.“ Wie bereits angedeutet, geht es Kornelius nicht darum, die verschiedenen Perspektiven offenzulegen, die die involvierten politischen Akteure in Bezug auf das EU-Assoziierungsabkommen haben (vgl. Kapitel 2), wodurch der Kommentar sehr viel neutraler hätte ausfallen müssen. Der manipulative Charakter des Kommentars liegt nicht darin, dass der Autor eine prowestliche Position vertritt. Das kann ein Kommentar – noch dazu in einer Zeitung, die im westeuropäischen Raum ihre Leserschaft hat – immer. Der manipulative Charakter liegt vielmehr darin, als die Position des Westens zur einzig möglichen und gerechtfertigten Alternative stilisiert wird, deren Infragestellung ein direkter Angriff auf europäische Werte und grundlegende moralische Vorstellungen von gut und böse wäre. Das EU-Assoziierungsabkommen wird in eine Teleologie eingebettet: es ist quasi eine Naturgegebenheit, es muss zustande kommen, weil ‚die Realität‘ (des Westens) es so will. Aber es kommt eben nicht zustande: der Leser solle die „blanke“ und „ernüchternde Botschaft“ zur Kenntnis nehmen.

Die Nennung der Tatsache verbindet Kornelius mit einem moralischen Vorwurf, dessen Adressat nicht explizit benannt wird. Wichtig ist, ganz genau auf die Syntax zu achten, die un-

terschwellig verschiedene Identifikationen, Wertungen und Botschaften transportiert: „Das EU-Assoziierungsabkommen kommt nicht zustande – ja, nach eigentlich wie viel Jahren des Werbens, Verhandelns, Feilschens?“ Durch den Gedankenstrich wird die Unglaubwürdigkeit des Scheiterns des EU-Assoziierungsabkommens unterstrichen: es darf nicht sein, was nicht sein darf. Nach dieser unterschweligen Botschaft wird nach einem Verantwortlichen gesucht, wobei als Akteure jetzt die EU und die Ukraine in den Blick genommen werden: Die EU „wirbt“ um die Ukraine, der EU beizutreten. Sie will sie nicht ‚auf ihre Seite ziehen‘, wie das Putin mit dem Land tut. Die EU habe mit der Ukraine auf gleichberechtigter Basis verhandelt; aber weil die Ukraine eine Entscheidung offenbar immer wieder hinausgezögert habe, seien die Verhandlungen in ein Feilschen (um Kleinigkeiten) umgeschlagen. Kornelius wertet den konkreten Vertragstext ab (er erwähnt ihn nicht einmal), weil dieser die Einwände der Ukraine und Russlands begründet, und präsentiert ausschließlich den großen politischen Wurf: die Ukraine langfristig betrachtet in die EU. Die Botschaft des kurzen Absatzes ist, dass die Ukraine eine Mitschuld daran trage, dass der Westen seine gerechtfertigten politischen Ziele nicht durchzusetzen vermag.

[3] Der dritte Absatz stellt eine Mischung aus Wertungen und Soll-Aussagen dar, die mit einer Anspielung auf historische Tatsachen versetzt wird. Bei der Präsidentschaftswahl machten sich der Oppositionsblock „Unsere Ukraine“ (mit dem Präsidentschaftskandidaten Wiktor Juschtschenko) und die „Partei der Regionen“ (mit dem Präsidentschaftskandidaten Wiktor Janukowitsch) gegenseitig Vorwürfe, die Wahl zu manipulieren. Die Proteste der Oppositionspartei mündeten in die „orangefarbene Revolution“: Am 22.11.2004 demonstrierten mehr als 100.000 Menschen auf dem Maidan gegen den Wahlbetrug. Im Zuge der „orangenen Revolution“ wurde Julia Timoschenko zur neuen Ikone der Demokratiebewegung und im Januar 2005 Ministerpräsidentin des Landes.

Kornelius konstatiert, dass die Ereignisse im Herbst 2004 für den „Westen“ der Anlass waren, um um „Rechtsstaatlichkeit, Reformen, Marktwirtschaft und die Öffnung in der Ukraine“ zu „kämpf[en]“. Der „Westen“ habe sich sozusagen erst in der Ukraine engagiert, nachdem von ihr das Signal zu einem Veränderungsprozess ausging. Kornelius setzt den Willen der damaligen Oppositionspartei unvermittelt mit einem imaginären ‚Willen‘ des Landes gleich. Kornelius bedient sich einer Strategie, die gleichermaßen Dinge benennt, wie sie sie verschweigt. Die Formulierung, dass der Westen sich für eine Demokratisierung und Liberalisierung der Ukraine einsetze, ist relativ abstrakt. In diesem Abstraktionsgrad kommt der Leser

nicht umhin, die Ziele des Westens gutzuheißen. *De facto* wurden die Oppositionsgruppen, die sich auf dem Maidan zusammenschlossen, von westlichen NGO's, Politikberatern, Stiftungen u. a. Organisationen finanziert und logistisch unterstützt. Dazu zählten u. a. die Konrad-Adenauer-Stiftung<sup>54</sup>, das State-Department (US-Außenministerium) in Zusammenarbeit mit der

- United States Agency for International Development (USAID = US-Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit),
- dem National Democratic Institute for International Affairs (NDI = US-Behörde zur Förderung von Demokratie in Entwicklungsländern),
- dem International Republic Institut (IRI = US-amerikanische Einrichtung zur Förderung der Demokratie in den Entwicklungsländern),
- dem von der USA-Regierung finanzierten Freedom House (NGO zur Förderung liberaler Demokratien) und dem
- Open Society Institute, das dem Milliardär George Soros gehört.

Diese Verbindungen werden in allen deutschen Zeitungen, die über die Ukraine-Krise berichten, nicht benannt (mit Ausnahme von alternativen, kapitalismuskritischen Projekten wie etwa *Der Hintergrund*). Wenn Kornelius davon spricht, dass der Westen „kämpft“, dann erhält der Leser den Eindruck, dass dies (1) für eine ‚gute Sache‘ ist und (2) dies mit gutgemeinten Appellen, viel Überzeugungsarbeit und vor allem mit fairen Mitteln geschieht. Hätte der Leser von den konkreten Netzwerken Kenntnis, dann entstünde in ihm eher der Eindruck einer massiven Beeinflussung und politischer Instrumentalisierung eines Protestes, der sich aus politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unzufriedenheit speist. Das Bild des gutgemeinten und gerechtfertigten Kampfes wiche demjenigen eines „Regime Change“, der ausschließlich die Interessen des Westens bedient.

Ein solches Nachhaken (das an dieser Stelle möglich wäre, weil die negativen Folgen einer neoliberalen Mobilmachung dem aufmerksamen Leser bekannt sind) erstickt Kornelius im Keim. Es gehe nicht einfach nur um Reformen, sondern um sehr viel mehr. Die Ukraine „ringe“ um „ihre Identität, ihre historische Verankerung“. In einem Atemzug damit wird auch die „politische Zugehörigkeit“ benannt. Hier bedient sich Kornelius der Strategie, einen richtigen Kern in einen anderen Kontext zu versetzen. Verschiedene Studien zeigen, dass der Nationen-

---

<sup>54</sup> Konrad Adenauer Stiftung, 2004.

bildungsprozess in der Ukraine, in der neben Ukrainern viele Russen und Polen leben, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht vollzogen wurde (im Gegensatz etwa zum benachbarten Weißrussland). Der politische und soziokulturelle Einfluss Russlands blieb auch nach der Erlangung der Souveränität erhalten; die politischen Eliten störte dies solange nicht, als es dem Land im Vergleich zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken und Ostblockstaaten wirtschaftlich relativ gut ging.<sup>55</sup> Das Problem der nationalen Identität kehrte mit den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurück.

Kornelius löst es jedoch sofort in der Frage nach der politischen Zugehörigkeit auf, wobei er sich der Methode der Übersteigerung bedient. Die Ukraine „glaube“, sich zwischen dem Westen oder Russland entscheiden zu müssen. Kornelius unterstellt, dass die Ukraine eine Souveränität aufweist, von der im vorherigen Satz noch behauptete, dass sie von dem Land erst erungen werden müsse. Die faktischen, ins Detail gehenden Entscheidungszwänge der Ukraine werden schlichtweg übergangen, weil zwischen dpa- und Reuters-Meldungen und dem Kommentar die eigene Recherche, also die eigentliche Berichterstattung fehlt.

Die „Alternative“, in der sich die Ukraine wähne, sei „konstruiert“. Das Moment der Übersteigerung liegt darin, dass Kornelius leugnet, dass die EU eigene Interessen vertritt. Das Vertreten eigener politischer und wirtschaftlicher Interessen konfrontiert mit anderen politischen und wirtschaftlichen Interessen, in diesem Fall mit denjenigen Russlands. Die Konfrontation wurde aber bereits Putin zugeschrieben, sowohl als politische Strategie als auch als Charakterzug. Wenn sich die Ukraine Russland (respektive Putin) beugen würde, so würde Putin die Konfrontation mit Europa noch vergrößern; der Westen wolle aber keine Konfrontation mit Russland, weil das Land – ohne Putin – dasselbe wie der Westen wolle: Freiheit, Gleichheit und eine neoliberale Marktwirtschaft. Eben jene Marktwirtschaft, die Russland unter Jelzin in eine tiefe sozialpolitische Krise gestürzt hatte.<sup>56</sup>

[4] Der Rest des Artikels leitet aus dem Frame unmittelbare und weiterreichende Konsequenzen für das Handeln der EU ab. Zunächst sei das Schicksal von Julia Timoschenko, gegen die in der Ukraine ein wahrscheinlich auch politisch motivierter Prozess geführt wird (Vorwurf der Veruntreuung von Staatsgeldern), nicht entscheidend. Zur Erklärung muss hier erwähnt werden, dass die EU den Druck auf die Ukraine zur Durchsetzung von Reformen mit dem Hinweis auf die Verfahrensmängel während des Timoschenko-Prozesses erhöhte. Die EU habe vielmehr

---

<sup>55</sup> Vgl. faz.net, 2014c.

<sup>56</sup> Vgl. Fischer, 2003, S. 131.



sich selbst die Treue zu halten. Was eben noch geleugnet wurde, nämlich dass die EU eine Konfrontation betreibt, wird jetzt geradezu als Forderung aufgestellt: Die Ukraine werde von der Rechtsstaatlichkeit, die Sicherheit verspricht, und den Reformen, die wirtschaftlichen Erfolg verspricht, angezogen. Wenn sich das Land aber der EU annähere (durch die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens), dann solle es das voll und ganz, ohne wenn und aber tun, weil die „Rechtsgemeinschaft“ der EU die Grundlage für ihren politischen und wirtschaftlichen Erfolg ist. Kornelius fordert von der Ukraine, was er eben noch als falsche Alternative aufgeworfen hatte! Die Ukraine habe ihre politische Zugehörigkeit in der EU, sie müsse sich diesem Faktum stellen und die richtige Entscheidung treffen. Das heißt, sich gegen Putin entscheiden, obwohl diese keine Entscheidung gegen Russland bedeuten würde – eher im Gegenteil.

[5] In der ‚Logik‘ des Artikels wird der Ziel- oder Angriffspunkt Putin wieder aufgegriffen. Wenn das EU-Assoziierungsabkommen nicht zustande komme, hielte sich der politische Schaden für die EU in Grenzen. Sie ist auf den Beitritt des Landes nicht angewiesen. Kornelius stellt jetzt eine sozusagen ‚weiche Interessenvertretung‘, die die EU in Bezug auf die Ukraine wahrnimmt, einer ‚harten Interessenvertretung‘ Putins gegenüber, dem es nur um Einfluss und Macht gehe. Auffällig ist, dass Kornelius zum zweiten Mal das Adjektiv ‚blank‘ verwendet („blanker Wettbewerb“ nach „blanker Botschaft“). Das Adjektiv ist mit ‚rein‘ assoziiert, das im politischen Sprachgebrauch eine unheilvolle Rolle in der Geschichte Deutschlands spielte. Es bringt eine Unbedingtheit zum Ausdruck, die jede erdenkliche Konsequenz in Kauf nimmt. Indirekt wird Putins Handeln in eine Nähe zu den schlimmsten Verbrechern in der Geschichte gestellt.

[6] Dieser Abschnitt weist einige logische und semantische Lücken auf, die der Leser an dieser Stelle des Artikels bereits mit Schlussfolgerungen füllt, die durch das bisher Gesagte nahegelegt werden. Ein Land, das tatsächlich der EU angehören wolle, tue dies aus eigenem Willen und aus eigener Kraft heraus. Die Ukraine bringe aber diese Kraft und diesen Willen nicht auf. Nun lässt sich logisch nicht nachvollziehen, warum sie dies deshalb nicht tut, weil Putin eine Konfrontation mit Europa sucht. Wenn Putin die Ukraine in die EU lassen sollte, weil er nicht länger die Konfrontation mit ihr suchte, dann würde die Ukraine ja keine eigene, kraftvolle und leidenschaftliche Entscheidung treffen. Mit diesem stilistischen Fauxpas verrät sich die Intention des Artikels: wozu die Ukraine in der Lage ist oder nicht in der Lage ist, was sie will oder

nicht will, spielt eine völlig untergeordnete Rolle (und im Grunde könne es der EU auch egal sein). Das einzige Ziel des Kommentars besteht darin, Putin zu diskreditieren, der jetzt sogar mit biologistischen Metaphern charakterisiert wird (testosterongesteuert). Es entsteht der Eindruck eines politischen Rambo, der in einem fort Krawall sucht.

[7] Die letzten beiden Abschnitte schließen die Dämonisierung Putins ab. Es wird mit dem Finger auf ihn gezeigt wie auf einen Täter („Putin war es“ – ‚er war es, sie hat es getan‘). Er habe in „diabolischer Art“ ein „Dreiergespräch“ (Russland, EU, Ukraine) vorgeschlagen, um über das „Schicksal der Ukraine“ zu entscheiden. Putin wird der Wille zu einer politischen Lösung des Konflikts rundum abgesprochen. Aber was sollte er denn anderes tun, als mit der EU und der Ukraine an den Verhandlungstisch zu kehren? Die EU und die Ukraine hätten dort ebenso hart ihre Interessen vertreten wie Russland. Kornelius verkennt bewusst den politischen Charakter des Konflikts, der nach einer diplomatischen Lösung sucht.

Stattdessen wird das Narrativ der „politischen Zugehörigkeit“, das im Bezug der Ukraine auf Europa noch positiv besetzt war, radikal umgewertet. Die Zukunft der Ukraine wird mit „Schicksal“ gleichgesetzt, so dass die Ukraine in Bezug auf ihre Zukunft in eine passive Rolle gedrängt wird (ein Schicksal kann man nicht beeinflussen). Indem Putin ein Gespräch mit den politischen Akteuren sucht, handele er in der Manier von Hitler und Stalin, die 1939 Polen unter sich aufteilten. Im Zuge dessen ruft Kornelius alle demokratischen Kräfte in der EU auf, sich gegen Putin zu stellen. Der Autor bedient sich dabei derselben Krawall-Sprache, die er Putin unterstellt (den Menschen müssten „die Ohren klingeln“).

An dieser Stelle, wo der Text affektiv immer aufgeladener erscheint, fragt sich, ob der Autor selber an das glaubt, was er schreibt. Dass ein Journalist im westeuropäischen Raum eine Gegenposition gegenüber Russland vertritt und dieser in einem Kommentar Ausdruck verleiht, ist durchaus legitim. Die Verwendung einer medizinisch-biologistischen Sprache, um Russlands Politik und Putin zu diskreditieren, erinnert an den „Stürmer“ im Nazi-Deutschland. Der Text wird derart performativ, dass er als Waffe verstanden werden muss. Kornelius kämpft in der SUEDEUTSCHEN Zeitung für Europa und entwickelt dabei Vorstellungen hinsichtlich der Wirkung, die derjenigen von biologischen Waffen gleichkommen: Die Werte der EU werden den „Osten Europas“ „infizieren“ und das Land wird von der „reformatorischen Kraft“ (der „Gemeinschaft“) überflutet werden. Merkt Kornelius nicht, dass er hier die Sprache der Nationalsozialisten benutzt? Der „Osten“ als das Narrativ vom ‚Lebensraum Osten‘, die „Kraft“ und die „Gemeinschaft“ (= ‚Volkswille‘).

[8] Nachdem der Text seine volle persuasive Wirkung erreicht hat, stellt der Autor zu Schluss den Realitätsbezug wieder her. Durch das Territorium der Ukraine verliefen „kulturelle, sprachliche und religiöse Bruchlinien“, was historisch richtig ist.<sup>57</sup> Die Ostukraine ist ein ehemaliges Industriegebiet mit einer überalterten, mehrheitlich russischstämmigen Bevölkerung. Die ‚sowjetischen Werte‘ haben sich hier besonders stark erhalten, zumal das Gebiet einst als Vorzeigeregion galt. Die Westukraine ist hingegen viel mehr europäisch geprägt. Dies ist laut der Meinung des Autors kein Grund für einen Konflikt zwischen der EU, der Ukraine und Russland. Das ist *ein* Europa. Der Kontinent müsse in dafür nur seinen „historischen Ballast“ abwerfen, der in diesem Fall den Namen Putins trägt.

### 3.2.2 DIE ZEIT

Die beiden folgenden Artikel von Josef Joffe in der ZEIT und Klaus-Dieter Frankenberger in der FAZ sollen weniger ausführlich analysiert werden, da sich die im Artikel der SUEDDDEUTSCHEN abgesteckten Frames im Wesentlichen wiederholen. Josef Joffe ist Mitglied / Teilnehmer in folgenden Organisationen bzw. an folgenden Veranstaltungen:

- Alfred-Herrhausen-Gesellschaft,
- American Academy in Berlin,
- American Council on Germany,
- American Institute for Contemporary German Studies,
- Aspen Institute,
- Atlantik-Brücke,
- Bilderberg-Konferenz,
- Council on Public Policy,
- Europe’s World,
- Goldman Sachs Foundation,
- Hypo Vereinsbank,
- International Institute for Strategic Studies,
- Internationale Politik,
- Münchner Sicherheitskonferenz,

---

<sup>57</sup> Vgl. faz.net, 2014c.

- Open University of Israel,
- The American Interest,
- Trilaterale Kommission,
- Weltwirtschaftsforum.<sup>58</sup>

Die Mitgliedschaft in einer Vielzahl von transatlantischen Think-Tanks lässt bei der Berichterstattung / Kommentierung eine strenge Ausrichtung an US-amerikanischen Interessen erwarten. Der folgende Text wurde am 19.04.2014 auf zeit-online gestellt:

Fünf vor acht / Ukraine: Der Krieg der kleinen grünen Männchen  
Ein Kommentar von Josef Joffe

[1] Wegen der Eskalation in der Ostukraine erwägt die USA härtere Sanktionen gegen Russland. Doch vor allem will Präsident Obama jetzt eins sein: vorsichtig.

[2] Die Ukrainer nennen sie die "kleinen grünen Männchen". Sie stellen in der Ostukraine die Führung und die Vorhut, genauso wie im März auf der Krim. Sie kommen nicht vom Mars, sondern aus Russland. Sie sind genauso gekleidet und bewaffnet wie russische Speznaz (Spezialkräfte). Es fehlen wie bei der Eroberung der Krim bloß die Hoheitsabzeichen und die rötlich-braunen Berets.

[3] Nun arbeiten die unwillkommenen Gäste in der Ostukraine. Am Wochenende, berichtet das Wall Street Journal aus Kiew, begannen sie damit, örtliche Gefolgsleute (das Blatt spricht von "kriminellen Banden") zu organisieren. Für ein Handgeld von umgerechnet 40 bis 500 Dollar, heißt es, haben sie Polizeireviere und Regierungsgebäude attackiert. Doch im Unterschied zur Krim, wo die ukrainische Regierung bloß hilflose Proteste verbreitete, will Kiew diesmal kämpfen. Am Dienstag wurden die ersten Schüsse abgefeuert, als die Soldaten einen bewaffneten Mob von einem ukrainischen Stützpunkt vertrieben. Der amtierende Präsident Alexander Turtschinow: "Wir werden Russland nicht erlauben, das Krim-Szenario zu wiederholen." Er spricht vorsichtig von einer "dosierten, verantwortungsbewussten und ausgewogenen" Operation.

[4] Der zweite Unterschied: Die Regierung Obama, die bislang nur mit symbolischen Sanktionen wie Reiseverboten für Moskauer Offizielle reagiert hat, zeigt nun etwas schärfere Zähne – oder will es tun. Grundsätzlich hält Obama noch immer den alten Kurs. Er will weder Russland in die Eskalation treiben, noch die Ukrainer dazu ermutigen, den Konflikt im Schatten amerikanischer Macht auszuweiten.

[5] Inzwischen aber scheint Washington nicht mehr den Versicherungen zu glauben, wonach Russland keine direkte Intervention plane. In Washington ist nun die Rede von einem "Menu" der Vergeltung. Auf der Speisekarte stehen:

- schärfere Wirtschaftssanktionen, die allerdings von den Europäern mit getragen werden müssten,
- die Entsendung einer "kleinen" amerikanischen Truppe in die östlichen Nato-Mitgliedsländer,
- die Mobilisierung größerer Einheiten für den Fall, dass Moskau offen eingreift. Freilich würden die – etwa in Brigadestärke – aber ebenfalls nicht direkt an die russische Grenze vorgeschoben werden, sondern zum Beispiel nach Rumänien.

---

<sup>58</sup> Vgl. Krüger, 2013, S. 356 ff.

[6] Vor allem regiert die Vorsicht. Militärische Bewegungen müssten vom Nato-Bündnis abegesenet werden, was angesichts lavierender EU-Hauptstädte keinesfalls garantiert ist. Die Hauptfunktion solcher Truppenaufmärsche, heißt es in Washington, sei es nicht, die Russen abzuschrecken, sondern das Vertrauen östlicher Nato-Mitglieder zu stärken. Auch will Amerika der Ukraine kein "tödliches" Gerät liefern. Bisläng hat es der Armee nur Feldrationen gewährt.

Furcht vor weiterer Eskalation im Osten der Ukraine

[7] Die Lage im Osten der Ukraine ist weiter unübersichtlich: In der Stadt Slawjansk fahren gepanzerte Fahrzeuge mit russischen Flaggen auf. Angeblich sind unter den maskierten prorussischen Aktivisten auch zahlreiche Überläufer der ukrainischen Armee.

[8] Vorläufig tut Amerika gar nichts. Die Erwartungen richten sich auf den heutigen Donnerstag, an dem Außenminister Kerrys Gespräche mit seinen russischen, ukrainischen und EU-Amtskollegen beginnen. Flankiert werden diese von Vizepräsident Biden, der mit seiner Reise nach Kiew von ganz oben signalisieren soll: Wir stehen an der Seite der Ukraine.

[9] Fazit: Entschlossenheit zeigen, aber keine Risiken eingehen. Es ist eine Willens-, noch keine Machtprobe. Da hat es Putin leichter. Er lässt seine "grünen Männchen" arbeiten, die hocheffizienten Spezialkräfte ohne Hoheitsabzeichen. Und er verlässt sich auf die prorussischen Kräfte in der Ostukraine, derweil er mit sanftem Augenaufschlag sagen kann: "Wir intervenieren doch gar nicht."

[10] Zurück an die Europäer und zur klassischen Obama-Devise "von hinten führen". Ein ungenannter hoher Beamte hofft im Wall Street Journal, dass die EU sich zu härteren Sanktionen durchringen werde: "Wenn die Russen einmarschieren oder eskalieren, müssen sie einen größeren Hammer in die Hand nehmen." Freilich wollen die Amerikaner den Hammer nicht einmal präzise beschreiben, geschweige denn bald selber schwingen.

[11] Amerika ist weit weg, und Russland ist dicht dran. Putin hat die längeren Hebel.

## Analyse

[1] Das wichtigste Frame dieses Artikels ist die Unentschlossenheit der USA und die Zurückhaltung der europäischen NATO-Partner in der Auseinandersetzung mit Russland. Beides sei angesichts der verdeckten russischen Operationen in der Ostukraine nicht angebracht. Das Frame wird von Joffe negativ konnotiert. Im Umkehrschluss lässt der Autor offen, was ein stärkeres Engagement der USA und der NATO in einem Land, das nicht der NATO angehört und an Russland grenzt, evtl. bedeuten würde. Wenn Sanktionen gegen Russland nicht reichen, was wäre dann der nächste Schritt? Die Lieferung von Kriegsgerät und / oder die Entsendung von Bodentruppen? Joffe legt nur dem Leser nur eine abstrakte Vorstellung nahe; denkt man den Artikel zu Ende, dann scheint es für Joffe durchaus vorstellbar, dass Deutsche, Franzosen, Italiener, Ukrainer, US-Amerikaner, Russen in der Ostukraine ihr Leben lassen. Dies kann Joffe aber so nicht einfach schreiben; die Leserschaft würde dies nicht mittragen. Für den Leser ist es somit schwer zu entscheiden, ob Joffe mit der Feststellung, Obama verfolge eine vorsichtige

Strategie, ein Ergebnis einer Analyse abgibt oder eine Bewertung vornimmt. Die stilistische Kunst des Artikels besteht darin, dies in der Schwebelasse zu lassen. Wo Joffe analysiert, stellt dies auch eine Bewertung dar, und wo er bewertet, hat dies immer den Anschein einer Analyse. Damit wird einer der elementarsten journalistischen Grundsätze, beides zu trennen, einfach missachtet.

[2], [3], [4], [5], [6] Gegenstand ist die logistische und materielle Unterstützung der „Separatisten“ durch russische Spezialkräfte, die auch nicht von prorussischen Nachrichtenseiten (z. B. vineyardsaker.com) geleugnet und jüngst von Putin zugegeben wurde. Wenn Amerika sich mit Russland im Krieg befindet, und dies ist die Quintessenz der Diagnose des Ukraine-Konflikts durch den Autor, dann wäre der Einsatz von Speznaz auch ‚normal‘. Im Gegenzug wird von den deutschen Leitmedien verschwiegen, dass sich auch amerikanische Spezialeinheiten in der Ukraine aufhalten und Unterstützung leisten. Im ukrainischen Fernsehen war ein hoher amerikanischer General zu sehen, der verwundete ukrainische Soldaten mit der amerikanischen Tapferkeitsmedaille auszeichnete!

Der Autor bewegt sich am Rand eines Selbstwiderspruchs: Einerseits unterstellt er Russland, in der Ukraine einen Krieg zu führen, weil er diesen Krieg offenbar will, damit die USA ihrerseits ihre militärische Stärke zur Geltung bringen („militärische Operationen müssten vom NATO-Bündnis abgesegnet werden“), andererseits muss er die verdeckten militärischen Operationen Russlands in der Ostukraine verurteilen. Die Rhetorik ist eine doppelte: Der Einmarsch offizieller russischer Truppen in der Ostukraine wird quasi herbeigeschrieben: in Washington scheine man „nicht mehr den Versicherungen zu glauben, wonach Russland keine direkte Intervention plane.“ Es wird nicht gefragt – was eigentlich die journalistische Aufgabe wäre – welchen Sinn ein solcher Einmarsch für Russland machen sollte, zumal die USA Europa in diesem Fall verpflichten könnte, über Jahrzehnte hinweg wirtschaftliche Sanktionen auszusprechen.

Neben dem dritten, aber unterschwellig eingefädelt Frame „gerechter Krieg gegen Russland in der Ukraine“ tritt ein viertes, das insbesondere die Leser-Wahrnehmung der Ostukraine prägt. Die Separatisten seien „bewaffneter Mob“. Der tapferen ukrainischen Armee, die sich endlich zum Kampf entschlossen hat (d. h. auf ukrainische Staatsbürger schießt), treten „kriminelle Banden“ entgegen. Joffe übernimmt einfach die Wortwahl ukrainischer Zeitungen und verstärkt die negative Konnotation der ostukrainischen militärischen Kräfte durch das deutsche Wort „Mob“.

[7], [8], [9], [10], [11] Joffe zieht für das Handeln der USA einen affirmativen Schluss, der eine politische Weisung enthält. Der Status Quo wird von ihm wie folgt zusammengefasst: „Entschlossenheit zeigen, aber keine Risiken eingehen.“ Der Leser weiß aus seinem eigenen Leben, dass man keine Entschlossenheit zeigen kann, ohne Risiken einzugehen (denn es gibt ja kein ‚zurück‘). Ergo werde die gegenwärtige „Willensprobe“ schon bald eine „Machtprobe“ erforderlich machen. An dieser Stelle fordert Joffe die USA auf, sich mit militärischer Unterstützung der Ukraine zu beteiligen, sofern Europa sich (endlich) zu wirtschaftlichen Sanktionen durchringt.

### 3.2.3 FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Im August 2015, kurz vor der ersten großen Militäroperation der ukrainischen Armee im Donbass, wurden die bewaffneten rechten Gruppierungen dem Innenministerium unterstellt. Es handelte sich um Gruppierungen, die z. T. offen nazistische Symbole benutzen und ihren Rassismus nicht leugnen.<sup>59</sup> In den deutschen Medien wurde die Existenz des sogenannten „Rechten Sektors“ verschwiegen; diesbezügliche Hinweise aus der Leserschaft wurden in den Kommentarspalten nicht freigegeben, wenn man den Lesern an dieser Stelle Glauben schenken darf. Laut der Netzwerkanalyse von Krüger reagieren die Leitmedien erst dann auf abweichende Sichtweisen, wenn diese von anerkannten Organisationen und / oder Experten kommen.<sup>60</sup> Am 08.09.2014 veröffentlichte Amnesty International einen Bericht demnach in der Ostukraine Truppen des Militärs Menschenrechtsverletzungen begangen hätten. Was in den alternativen Medien schon lange bekannt war, konnte jetzt auch von den Leitmedien nicht länger geleugnet werden. Wie gingen sie mit dem Einbruch der Realität in das bestehende Narrativ von der „guten, tapferen ukrainischen Armee“ um? Dazu wird ein Artikel der FAZ analysiert, der am 11.09.2014 auf dem Onlineportal erschien.<sup>61</sup> Der Autor ist Konrad Schuller, politischer Korrespondent bei der FAZ für Polen und die Ukraine.

Zweifelhafte Majdan-Kämpfer

[1] Seit Beginn der russischen Intervention in der Ostukraine sind Berichte über Grausamkeiten der Separatisten und ihrer Helfer im Industrieviertel Donbass fast schon Routine geworden. Die Scheinhinrichtungen des Kommandanten „Bes“ (Dämon), die summarischen Gerichtsverfahren und Todesurteile des mutmaßlichen russischen Ge-

---

<sup>59</sup> Vgl. tagesschau.de, 2014.

<sup>60</sup> Vgl. Krüger, 2013, S. 86.

<sup>61</sup> Vgl. faz.net, 2015.

heimdienstveteranen Igor Girkin („Strelkow“) im besetzten Slawjansk, Entführung, Raub, Prügel und Demütigung sind in vielen Fällen dokumentiert.

[2] Spätestens seit August aber beginnen sich nun Nachrichten zu häufen, die darauf hinweisen, dass in diesem Krieg, der nach Angaben der Vereinten Nationen schon 3000 Opfer gefordert hat, Schuld und Verstrickung nicht mehr nur einer einzigen Seite anzulasten sind.

[3] Am 8. September hat die Menschenrechtsorganisation Amnesty International einen beunruhigenden Bericht über das Freiwilligenbataillon „Aidar“ veröffentlicht, das auf ukrainischer Seite nördlich der Industriestadt Luhansk kämpft. Die Organisation wirft den Kämpfern dieser Einheit darin „weit verbreiteten Missbrauch“ sowie „Entführungen, illegale Festnahmen, Misshandlungen, Diebstahl, Erpressung und möglicherweise Hinrichtungen“ in ihrem Operationsgebiet vor. In „Dutzenden von Fällen“ hätten Angehörige von „Aidar“ Zivilpersonen geschlagen, festgehalten oder Lösegeld von ihnen erpresst. Ihr Verhalten erfülle in einigen Fällen den Tatbestand von „Kriegsverbrechen“.

„Kopf des Mannes stark angeschwollen, blutig und verletzt“

[4] Der Bericht von Amnesty International ist vor allem ernst zu nehmen, weil er von den im Internet veröffentlichten Tagesberichten der OSZE-Sonderbeobachter in der Region bestätigt wird. Dort ist zum Beispiel zu lesen, dass am 20. August ein Mann im Einsatzgebiet von „Aidar“ berichtet habe, wie er von den Kämpfern des Bataillons verprügelt und erst nach Zahlung von 10 000 Dollar wieder freigelassen worden sei. Die Beobachter notierten, „dass der Kopf des Mannes stark angeschwollen, blutig und verletzt“ gewesen sei. In einem anderen Fall habe eine Frau berichtet, sie sei zusammen mit ihrem Vater am 13. August unter dem Vorwurf des „Separatismus“ von Aidar-Kämpfern festgehalten worden. Sie selbst sei zwar noch am selben Tag freigekommen, von ihrem Vater aber fehle jede Nachricht.

[5] Das „Bataillon zur Territorialverteidigung Aidar“, gegen das sich diese Vorwürfe richten, ist einer von mehreren Dutzend Freiwilligenverbänden, die in der Ukraine nach dem Beginn der russischen Intervention im Frühjahr in großer Hast aufgestellt worden sind, um die völlig heruntergewirtschaftete Armee im Feld zu unterstützen. Viele dieser Verbände sind spontan als bewaffnete „Bürgerinitiativen“ entstanden und erst später dem Verteidigungs- oder dem Innenministerium unterstellt worden. Vom Staat erhalten sie meist nur leichte Waffen wie Gewehre oder Panzerfäuste; für die übrige Ausrüstung, für Schutzwesten, Helme, Fahrzeuge, sorgen die Kämpfer selbst, oder sie organisieren Spendenaktionen.

Wiederkehr des „geborenen Verteidigers“

[6] Das Innenministerium hat dieser Zeitung vergangene Woche gesagt, in „seinen“ Einheiten kämpften etwa 5.000 Männer und Frauen. Das Verteidigungsministerium nannte keine Zahl, sprach aber von elf Bataillonen, was ebenfalls einigen tausend Kämpfern entsprechen dürfte.

[7] Die Freiwilligeneinheiten sind zum Teil eine bewaffnete Fortsetzung des „Majdan“, der Demonstrationsbewegung, die im Winter in der Hauptstadt Kiew den kleptokratischen Präsidenten Viktor Janukowitsch gestürzt hat. Manche der damaligen „Hundertschaften“ aus der „Selbstverteidigung des Majdan“ werfen sich jetzt mehr oder weniger komplett, aber nun eben mit Kalaschnikows in der Hand, statt mit Knüppeln und Schilden, der Intervention im Osten entgegen. Sie haben in den vergangenen Wochen die Hauptlast der Gefechte im Donbass getragen und etwa im Kessel von Ilowajsk schwere Verluste erlitten.

[8] Diese Männer und Frauen, die sich oft mitten aus dem Berufs- und Familienleben an die Front gemeldet haben, um die im Winter erkämpfte Demokratie gegen die Intervention aus Russland zu verteidigen, können mit Recht als eine Wiederkehr des Scharnhorstischen Bürgersoldaten, des „geborenen Verteidigers“ seines Staates, gel-



ten.

#### Praktisch Privatarmeen von Oligarchen

[9] Allerdings zeigen die Vorwürfe von Amnesty International, dass das nicht die ganze Wahrheit ist. Weil das Freiwilligenheer der ukrainischen Revolution in rasender Eile während eines schon tobenden Krieges aufgestellt werden musste, weil man damals offenbar glaubte, jeden nehmen zu müssen, der sich meldete, haben sich unter die demokratischen Aktivisten des „Majdan“ auch zweifelhafte Elemente mischen können.

[10] Oligarchen wie der Milliardär Igor Kolomojskij haben als Großspender mehrerer Bataillone praktisch Privatarmeen aufgestellt. Die bisher bedeutungslose rechtsextremistische Organisation „Sozial Nationale Versammlung“ (SNA) hat die Gunst der Stunde genutzt und unter ihrem Führer Andrij Bilezkij das Bataillon „Asow“ gegründet.

[11] Jetzt spielt sie eine Hauptrolle bei der Verteidigung der Hafenstadt Mariupol am Asowschen Meer. Bilezkij's Stellvertreter Oleh Odnoroschenko hat dieser Zeitung die Verbindung des Bataillons zur SNA bestätigt und hinzugefügt, zu den Zielen seiner Organisation gehöre es, die „rassische Identität Europas“ zu bewahren. Die Demokratie sei die schlechteste aller Staatsformen. Andere Feldkommandanten, wie Dmito Jarosch vom sogenannten „Rechten Sektor“, haben schon gelegentlich gedroht, die Waffen gegen die eigene Führung zu richten, falls bestimmte innenpolitische Forderungen nicht erfüllt würden.

#### Was tun gegen die Extremisten?

[12] Solche Entwicklungen müssen gestoppt werden, wenn die eindrucksvolle freiwillige Mobilisierung, ohne welche die Verteidigung der Ukraine gegen die Intervention aus Russland möglicherweise längst zusammengebrochen wäre, nicht nach innen und außen diskreditiert werden soll. Die Vorwürfe gegen Soldaten, welche die Not der Zeit zur eigenen Bereicherung und zum Ausleben atavistischer Aggressionen nutzen, müssen sofort untersucht und bestraft werden; demokratiefeindliche Extremisten müssen unter Kontrolle gebracht werden.

[13] Amnesty International hat die richtigen Forderungen gestellt: Bei allen Verdiensten der Freiwilligen führt kein Weg daran vorbei, die Bürgerbataillone der ukrainischen Revolution in eine „klare Struktur von Kommando, Kontrolle und Verantwortung“ einzugliedern. Ohne eine Stärkung der Armee, ohne Geld, Ausrüstung und Waffen für die regulären Streitkräfte wird das nicht gehen.

#### Analyse

Das herausragende Frame ist die Beschwichtigung von Verbrechen, die gleichwohl als unentschuldigbar tituiert werden. Um den Kontrast zu den Berichterstattungen über die tatsächlichen und vermeintlichen Menschenrechtsverletzungen seitens der Separatisten herauszustellen, sollen die entsprechenden Aussagen listenartig zusammengestellt werden:

- [2] „Schuld und Verstrickung“ – die Verwendung dieser beiden Wörter eröffnet eine tragische Dimension; in einem Krieg sei es nun mal wahrscheinlich, auch Verbrechen zu begehen.
- [3] Der Bericht von Amnesty International über die Menschenrechtsverletzungen durch die

Freiwilligenbataillone entsetze nicht (wie das bei den Separatisten der Fall wäre), sondern „beunruhige“ (nur).

- [7], [8] Die Freiwilligeneinheiten setzten sich z. T. aus Menschen zusammen, die auf dem Maidan demonstriert hatten. Da dem Leser verschwiegen wurde, dass auch rechte Gruppierungen den Maidan besetzt hielten, erhält der Leser den Eindruck, dass sich friedliebende ukrainische Bürger, die ansonsten brav einer Arbeit nachgehen, bewaffnet hätten. Der Autor schürt diesen Eindruck und stützt sich dabei auf die ukrainische Kriegspropaganda, als handele es sich dabei um eine seriöse Quelle.
- [9] Es handelt sich um heldenhafte Freiwillige, die sich der „Intervention“ im Osten „entgegenwerfen“ – diese Wahrheit bleibt bestehen, aber mit leichten Abstrichen.
- [10], [11] Der Realitätsbezug wird hergestellt. Es gebe einige Extremisten, deren faschistische und rassistische Einstellung klar benannt werden.
- [12], [13] An den Strukturen müsse man nichts ändern. Es reiche, die Extremisten zu identifizieren und aus den Freiwilligenbataillonen zu entfernen. Es wird nicht problematisiert, dass mit der Gründung von Freiwilligenbataillonen der Staat sukzessive sein Gewaltmonopol aus der Hand gibt und die Gefahr eines Partisanenkrieges befördert, z. B. nach dem angestrebten Waffenstillstand (Minsk 1).

Die Menschenrechtsverletzungen werden nicht verschleiert und verurteilt, ansatzweise aber doch als entschuldbar dargestellt – schließlich handele es sich um Menschen, die den Krieg in der Mehrheit nicht gewohnt sind und permanent überlastet sind. Die Botschaft, die mehr einer ‚Quadratur des Kreises‘ nahekommt, ist: Die Separatisten sind immer noch schlimmer.

## Fazit / Ausblick

Anhand der Ergebnisse vorstehender Analysen können mehrere Kernthesen zum deutschen Elitejournalismus bestätigt werden. Die Leitmedien bilden hauptsächlich die Diskussion / Meinung der politischen und wirtschaftlichen Eliten ab. Sie können sich dabei selbst nicht hinterfragen. Die Berichterstattung fokussiert sich auf die politischen Akteure, die das Geschehen am meisten beeinflussen.<sup>62</sup> In Bezug auf die EU besteht quer durch die politischen Lager (mit Ausnahme von Teilen der LINKEN) ein Konsens, dass die Ukraine in die EU gehört. Des Wei-

---

<sup>62</sup> Vgl. Krüger, 2013, S. 84.

teren ha die USA ein geomilitärisches Interesse, mehr Einfluss in der Region zu gewinnen. Dieser politische Wille wird in der Berichterstattung der Leitmedien gespiegelt; d. h., die Realität wird den Zielvorstellungen angepasst.

Die hauptsächlichen Akteure sind Präsident Poroschenko, Ministerpräsident Jazenjuk, die EU sowie der amerikanische Präsident Obama und der russische Präsident Putin. Die unterschiedlichen Kräfte im ukrainischen Parlament, der Einfluss des Rechten Sektors, die Korruption der Oligarchen sowie die direkte und indirekte Einflussnahme der USA (insbesondere über die amerikanische Staatssekretärin für Außenpolitik Victoria Nuland) werden nur am Rande thematisiert. Putin ist zudem der erklärte Feind. Expertenmeinungen, die eine andere Sichtweise vertreten, werden nicht oder kaum zugelassen.

Da die Meinung der Elitejournalisten – die noch dazu Mitglieder in transatlantischen Organisationen sind – mit derjenigen der politischen Elite konform ist, nicht aber mit derjenigen des überwiegenden Teils der Leser, wird ein stark vereinfachtes Bild von der Realität<sup>63</sup> der „Ukraine-Krise“ gezeichnet: Die ukrainische Armee befreit die Ostukraine von den Separatisten, die unter dem Einfluss Russlands stehen. Eine detaillierte Berichterstattung findet nur ansatzweise statt. Die mehrere tausend Opfer unter der ostukrainischen Zivilbevölkerung werden nicht benannt und das Leiden wird nicht geschildert. Werden Tote erwähnt, dann handelt es sich zumeist um ukrainische Soldaten (bei der Berichterstattung über andere militärische Konflikte auf der Welt verhält es sich genau umgekehrt; dann zeigt man zuerst die toten Kinder). Die Berichterstattung ist insgesamt von Persuasion und dem Auslassen von Tatsachen geprägt. Ausnahmen ( d. h. Recherchen vor Ort, Interviews mit Betroffenen) finden sich hier und da, bleiben jedoch ohne Einfluss auf die Realitätswahrnehmung im Ganzen.<sup>64</sup>

Von den Lesern wird die Berichterstattung über die Ukraine-Krise als unglaubwürdig bis dreist empfunden („Russland-Bashing“). In den Online-Kommentarspalten wurden die Artikel von Joffe, Kornelius, Dobert, Bidder u. a. reihenweise durch selber recherchierte Fakten und / oder den Hinweis auf Mitteilungen alternativer, Unabhängigkeit beanspruchende Nachrichtenportale zerpfückt. Auf Portalen wie propagandaschau.de wurden die Manipulationen der Leitmedien in Wort und Bild rekonstruiert (hier auf die Berichterstattung in den Öffentlichen Medien beschränkt). Dies führte dazu, dass die Kommentarspalten in den Online-Ausga-

---

<sup>63</sup> Vgl. ebd.

<sup>64</sup> Vgl. Krüger, 2013, S. 85.

ben der großen Zeitungen überhaupt zum ersten Mal vollständig abgeschaltet wurden.<sup>65</sup> Wäre die Ukraine für die politischen Eliten (insbesondere die USA) nicht so wichtig gewesen, dann hätten die Leitmedien über den Konflikt in der Ukraine kaum berichtet, um ihre Leserschaft nicht zu verprellen.<sup>66</sup> Aufgrund der starken geopolitischen Relevanz, die die Ukraine-Krise zwischenzeitlich hatte, setzten die Leitmedien alles daran, ihre gezeichnete Realität auch dann noch aufrechtzuerhalten, als ihnen grobe Verfälschungen nachgewiesen wurden (z. B. was den Einmarsch regulärer russischer Truppen in der Ukraine betrifft oder den mutmaßlichen Abschuss von MH17 betrifft).

---

<sup>65</sup> Der Autor erlebte dies unmittelbar mit. Unmittelbar nach dem Absturz der malaysischen Passagiermaschine MH17 am 17. Juli 2014 stand die Schuldfrage fest: Es habe sich um russische Separatisten gehandelt, die mit willentlicher oder unwillentlicher Unterstützung Russlands eine BUK-Rakete auf das Flugzeug abgefeuert hätten. Drei Tage später, am 20. Juli, erschien auf dem amerikanischen Nachrichtenportal consortiumnews.com, das von dem mehrfach ausgezeichneten Investigativ-Journalisten Robert Parry geleitet wird, ein Artikel über den Kenntnisstand des US-Geheimdienstes. Die „Quelle“ (ein Analyst von Satellitenbildern) teilte mit, dass es sich auch um ukrainische Soldaten gehandelt haben könnte, die die BUK abschossen. Die Auftraggeber seien – der Quelle zufolge – möglicherweise radikale rechte Kräfte (benannt wird Igor Kolomoisky), die ohne Kenntnis der ukrainischen Regierung gehandelt hätten. Des Weiteren werde von den Analysten geprüft, ob nicht die russische Präsidentenmaschine, die sich in der Nähe aufhielt, das eigentliche Ziel gewesen sei. Ich versuchte mehrfach, in den Kommentarspalten der Leitmedien auf die Quelle zu verweisen, zumal sie unter Journalisten als sehr seriös gilt. Ohne Erfolg. Mir stellte sich unweigerlich das Bild ein, wie z. B. Stefan Plochinger von der SUEDEDEUTSCHEN, verantwortlicher Online-Redakteur, seinem Praktikanten, der die Online-Kommentarspalten betreut, einen Zettel in die Hand drückt, auf denen all jene Quellen stehen, die in diesem Fall nicht in die Konstruktion der Realität passen (u. a. Beiträge von BBC und CNN). Zwei Tage später hörte die Berichterstattung über MH17 in den deutschen Leitmedien auf.

<sup>66</sup> Vgl. Krüger, 2013, S. 85.

## Quellenverzeichnis

Basler Zeitung (23.02.2014): „Ihr müsst bis zum Ende bleiben.“

bbc.com (2014): Ukraine crisis. Transcript of leaked Nuland-Pyatt call – BBC News. Zugriff online am 02.02.2016 von URL

<http://www.bbc.com/news/world-europe-26079957>

BBC News (08.12.2013): Ukraine’s Capital Kiev Gripped by Huge Pro-EU Demonstration.

bloombergview.com (2015): Putin Tries to Freeze the Ukraine Konflikt. Zugriff online am 06.02.2016 von URL

<http://www.bloombergview.com/articles/2015-05-15/putin-tries-to-freeze-the-ukraine-conflict>

consortiumnews.com (2014): What did US Spy Satellites See in Ukraine? Zugriff online am 23.02.2016 von URL

<http://www.consortiumnews.com/2014/07/20/what-did-us-spy-satellites-see-in-ukraine>

deutschlandfunk.de (2013): Zugriff online am 04.02.2016 von URL

[http://www.deutschlandfunk.de/gescheitertes-abkommen-mit-der-ukraine-das-problem-lag-wohl.694.dehtml?dram:aticle\\_id=270613](http://www.deutschlandfunk.de/gescheitertes-abkommen-mit-der-ukraine-das-problem-lag-wohl.694.dehtml?dram:aticle_id=270613)

deutschlandradiokultur.de (2015): Zugriff online am 01.02.2016 von URL

[http://www.deutschlandradiokultur.de/luegenpress-und-co-warum-die-medien-am-pranger-steinen.976.de.html?dram:article\\_id=313496](http://www.deutschlandradiokultur.de/luegenpress-und-co-warum-die-medien-am-pranger-steinen.976.de.html?dram:article_id=313496)

deutschlandradiokultur.de (2013): Zugriff online am 03.02.2016 von URL

[http://www.deutschlandradiokultur.de/eu-gipfel-ein-gequaeltes-lae-cheln.1046.de.html?dram:aticle\\_id=270535](http://www.deutschlandradiokultur.de/eu-gipfel-ein-gequaeltes-lae-cheln.1046.de.html?dram:aticle_id=270535)

faz.net (2015): Kriegsverbrechen von ukrainischen Freiwilligenbataillonen. Zugriff online am 28.02.2016 von URL

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/kriegsverbrechen-von-ukrainischen-freiwilligenbataillonen-13146583.html>

faz.net (2014a): Gorbatschow: Nato-Erweiterung war 1990 kein Thema. Zugriff online am 15.01.2016 von URL

<http://www.m.faz.net/aktuell/politik/gorbatschow-zu-nato-osterweiterung-wiedervereinigung-132562>

faz.net (2014b): Moskau wirft dem Westen „grobe Einmischung“ vor. Zugriff online am

05.02.2016 von URL

<http://m.faz.net/aktuell/politik/ausland/krim-krise-eu-verschaerft-sanktionen-gegen-russland-12856976.html>

faz.net (2014c): das kranke Herz. Zugriff online am 17.02.2016 von URL

<http://www.m.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/ukraine-das-kranken-herz-13067177.html>

faz.net (2013): Janukowitsch: Ukraine noch nicht reif für die EU. Zugriff online am 03.02.2016 von URL

<http://www.m.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/assoziiierungsabkommen-janukowitsch-ukraine-noch-nicht-reif-fuer-eu-12682889.html>

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG: Ausgaben vom 29.04., 30.04. und 02.05.1986.

Die Welt (25.02.2014): Bei der Flucht vergaß Janukowitsch sogar seine Brille.

Gorshenin Institute (2013): The street survey was conducted by Gorshenin Institute on 2 December 2013 among participants in the protest held at Kiev's Independence Square.

guardian.com (2015): Malaysia crash report. Dutch investigators confirm Buk missile hit plane. Zugriff online am 06.02.2016 von URL

<http://www.theguardian.com/world/live/2015/oct/13/mh17-crash-report-ukraine-live-updates>

heise.de (2015): Forsa-Umfrage: 44 Prozent der Befragten sehen eine „Lügenpresse“. Zugriff online am 15.02.2016 von URL

<http://www.m.heise.de/to/artikel/46/46407/1.html>

Konrad Adenauer Stiftung (2004): Jahresbericht 2004. Berlin: Konrad Adenauer Stiftung.

laenderdaten.de (2013): Korruptionswahrnehmungsindex. Zugriff online am 03.02.2016 von URL

<http://www.laenderdaten.de/indizes/cpi.aspx>

lto.de (2015): Krim – Konflikt und das Völkerrecht. Zugriff online am 24.01.2015 von URL

<http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/ukraine-krim-russland-streitkraefte-voelkerrecht>

mobil.fr-online (2015): Stillstand auf der Krim. Zugriff online am 22.01.2016 von URL

<http://www.mobil.fr-online.de/cms/politik/russland--sillstand-auf-der-krim-,4232484>

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG: Ausgaben vom 29.04., 30.04., 02.05. und 15.05.1986.

sueddeutsche.de (17.07.2014): USA und EU verschärfen Sanktionen gegen Russland. Zugriff

online am 06.02.2016 von URL

<http://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krise-usa-und-eu-verschaerfen-sanktionen-gegen-russland-1.2050591>

sueddeutsche.de (21.11.2013): gescheitertes EU-Abkommen. Spalter Putin erreicht sein Ziel.

Zugriff online am 15.02.2016 von URL

<http://www.sueddeutsche.de/politik/gescheitertes-eu-abkommen-spalter-putin-erreicht-sein-ziel-1.1824522>

SUEDDEUTSCHE (09.07.2013): Zugriff online am 20.01.2015 von URL

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/korruptionsbericht-von-transparency-international-deutsche-verlieren-vertrauen-in-die-medien-1.1716739>

tagesschau.de (29.09.2014): Blutige Kämpfe in der Ostukraine.

wikipedia.org (2014): Demokratieindex 2014. Pdf-download am 03.02. von URL

<http://www.de.m.wikipedia.org7/wiki/Demokratieindex>

wsj.de (01.03.2014): Alan Culison: Russische Soldaten umstellen ukrainische Militärbasen auf der Krim.

zeit.de (2014): Der Krieg der kleinen grünen Männchen. Zugriff online am. 20.02.2016 von URL

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/5vor8-joffe-ukraine>

Die ZEIT, N° 26 ,vom 25.06.2015, S. 8–9.

## Literaturverzeichnis

Bellingrad, D. (2015): Die Kritik an Zeitungen ist so alt wie die Medien selbst. Zugriff online am 15.01.2016 von URL

<http://www.zeit.de/wissen/geschichte/2015-06/luegen-presse-zeitungen-kritik>

Beyerle, M. (1997): Authentisierungsstrategien im Dokumentarfilm. Das amerikanische Direct Cinema der 60er Jahre. Trier: WVT Wissenschaftlicher Verlag.

Dahinden, U. (2006): Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation. Konstanz: UVK.

Eipeldauer, T. (2014): Euromaidan. Vom Sozialprotest zur Hegemonie der äußersten Rechten. In: Thoden, R. & Schiffer, S. (Hrsg.): Ukraine im Visier. Frankfurt am Main: Selbrund Verlag, S. 121–131.

Fischer, S. (2003): Russlands Westpolitik in der Krise, 1992–2000. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Girnth, H. (2002): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich politischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer.

Hamann, G. (2015): Der Journalismus steckt in einer Glaubwürdigkeitskrise. Woran liegt das? Und was lässt sich dagegen tun? In: Die ZEIT, N° 26, 25.06.2015, S. 9-10.

Keller, R. (2007): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 3. aktual. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Krüger, U. (2013): Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Magdeburg: Herbert von Halem Verlag.

Landwehr, A. (2001): Geschichte des Sagbaren. Eine Einführung in die historische Diskursanalyse. Tübingen: edition diskord.

Matthes, J. (2007): Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellungen der Rezipienten. München: Verlag Rheinhard Fischer.

Niggemeier, S. (2014): Journalismus unter Verdacht. Zugriff online am 20.01.2016 von URL

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/journalismus-unter-verdacht-vom-wachsenden-populaeren-misstrauen-gegenueber-der-presse-13242833-p3.html>



Pörksen, B. (2010): Skandal! Zugriff online am 20.01.2016 von URL  
<http://chrismon.evangelisch.de/artikel/2010/bernhard-poerksen-skandal-4318>

Saar, Martin (2007): Genealogie als Kritik. Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Schlipphak, B. (2011): Framing Ideology. Die Kommunikation ideologischer Positionierungen zwischen Parteien, Wählern und Medien.